

# Gewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: E. Dittmer  
Berlin SO36, Schlesische Str. 42  
Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 19. September 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis:  
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## Gegen Wirtschaftskrise und Arbeitslosennot

Die Beschlüsse des Frankfurter Gewerkschaftskongresses gegen die Wirtschaftskrise und zur Linderung der Arbeitslosennot werden sehr wirksam unterstützt werden durch die Forderungen, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 8. September aufgestellt hat. Nach Referaten von Dr. Herz und Dr. Hilferding und eingehender Beratung wurde nachstehende Entschliebung angenommen, die diese Forderungen enthält:

Die außerordentliche Vertiefung der Krise der Weltwirtschaft durch die Erschütterung der Kreditorganisationen und die dadurch herausbeschworenen Gefahren machen die Aufrechterhaltung und Sicherung der Lebenshaltung des deutschen Volkes zur wichtigsten Aufgabe der Politik. Das erfordert eine Führung der Außenpolitik, die das durch den nationalistischen Lärm erzeugte Mißtrauen beseitigt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Völker schafft. Im Zentrum dieser Politik muß die

### deutsch-französische Verständigung

stehen, die auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet angestrebt und zu einer dauernden Zusammenarbeit ausgestaltet werden muß. Von besonderer Bedeutung wird die Führung der Handelspolitik sein. Das deutsche wie das internationale Interesse erfordern energische Schritte zur Herabsetzung des Zollniveaus der europäischen Staaten als Mittel zur Milderung der Wirtschaftskrise und als Gegenwirkung gegen die neuen schutzzöllnerischen Gefahren, die von England drohen.

Eine Außen- und Wirtschaftspolitik, deren Ziel vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den anderen Mächten ist, ist die Vorbedingung zur

### Wiederherstellung des deutschen Kredits.

Die Krise hat die schweren Gefahren des kapitalistischen Systems enthüllt. Um noch fürchterlichere Zusammenbrüche zu verhindern, mußte das Reich zwei Großbanken stützen. Der Einjahrs öffentlicher Mittel erfordert die dauernde Kontrolle des Reiches über diese Banken und die Fortführung unter gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die ausschlaggebende Bedeutung der Bankpolitik für die Aufrechterhaltung der gesamten deutschen Wirtschaft macht die Kontrolle der Banken und die Leitung der Kapitalströmungen zu einem entscheidenden Teile jeder Wirtschaftspolitik, die die Gefahren einer volkswirtschaftlich unberechtigten Einschränkung des Kreditvolumens mit ihren Folgen vermehrte Betriebseinstellungen und verschärfte Arbeitslosigkeit ebenso vermeiden muß wie die Gefahren der Inflation.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert deshalb die

### Errichtung eines Amtes für Bankpolitik,

das mit allen nötigen Vollmachten zur Information über die Privatbanken und zum Eingreifen im volkswirtschaftlichen Interesse ausgestattet ist. Der Schutz der gemeinwirtschaftlichen Interessen erfordert in gleicher Weise eine wirksame Beeinflussung der Kartell- und Tarifpolitik durch die Organe des demokratischen Staates. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erhebt deshalb erneut die Forderung nach

Errichtung eines Kartellamtes.

Die schwere Erschütterung des Vertrauens, die die kapitalistischen Bankrotte in letzter Zeit hervorgerufen haben, machen die Reform des Aktienrechts

zur dringenden Notwendigkeit. Die Reform muß den Mißbrauch mit den Mehrstimmenrechts- und Depotaktien unterbinden, die Haftbarkeit der Aufsichtsräte sichern und weitgehende Publizität und Offenlegung zur Pflicht machen. Nur so kann es gelingen, die Herrschaft der kapitalistischen Sonderinteressen über den Staat und die Volksgesamtheit zu brechen und das Allgemeininteresse des Volkes durchzusetzen. Ein Druck auf die Kartellpreise, eine Verminderung der Handelspanne und der schädlichen Preisbindungen der zweiten Hand muß zu einer schnelleren Anpassung des deutschen Preisniveaus an die veränderte ökonomische Lage führen.

Im Einklang mit dieser Politik des Abbaues der überhöhten Preise muß die Agrarpolitik stehen. Die Fraktion fordert deshalb Senkung der Produktionskosten für die bäuerliche Veredelungswirtschaft und

### Verbilligung der wichtigsten Nahrungsmittel

insbesondere des Brotes, durch Zollsenkung und Verringerung der Handelspanne sowie die Ermäßigung des Zuckerpreises. Die Mittel der staatlichen Wirtschaftspolitik müssen eingesetzt werden, um eine neue Verringerung der Kaufkraft und damit eine neue Schrumpfung des Wirtschaftsprozesses hintanzuhalten. Deshalb fordert die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die

### Verhinderung jedes weiteren Lohnabbaues.

Die dringendste Sorge des Winters geht um das Schicksal der Arbeitslosen. Die Fraktion erwartet von der Reichsregierung, daß sie endlich die notwendigen Gesetzesmaßnahmen zur

### Durchführung der Dierzigstundenwoche

trifft. Sie lehnt alle Bestrebungen zur Beseitigung der Arbeitslosenversicherung und der weiteren Verringerung ihrer Leistungen entschieden ab, und befürwortet die

### Dereinheitlichung der Krisenfürsorge und der gemeindlichen Wohlfahrtsfürsorge zu einer Reichsarbeitslosenfürsorge

unter ausreichender finanzieller Beteiligung des Reichs. Nur so kann eine wirksame Entlastung der Gemeindefinanzen herbeigeführt und zum Ausgleich ihrer Etats beigetragen werden. Gleichzeitig muß Vorsorge für die Umschuldung und Konsolidierung der kurzfristigen Kredite der Gemeinden getroffen werden. Angesichts der wachsenden Zahl langfristiger Erwerbsloser und des steigenden Glends breiter Volksmassen ist

### eine Winterhilfe unerlässlich.

Es geht nicht an, daß die Massen hungern und frieren, während Nahrungsmittel in Deutschland verfaulen und Kohlen auf den Haldeu sich türmen.

### Neben der bisherigen Geldunterstützung muß deshalb eine zusätzliche Naturalleistung von Kartoffeln und Kohlen verlangt werden.

Unertaglicher als je wirkt in diesem Winter steigender Not der Gegensatz von Massenarmut und überhöhem Einkommen. Deshalb fordert die sozialdemokratische Fraktion die längst fällige Herabsetzung der hohen Pensionen und Gehälter

in öffentlichen und privaten Verwaltungen und Betrieben. Die Wiederkehr des Vertrauens fordert neben einer klaren Außenpolitik der Verständigung unter den Völkern die Sicherung einer demokratischen und sozialen Politik im Innern, den rücksichtslosen Kampf gegen den Faschismus und all seine Helfershelfer.

Nur wenn die Reichsregierung sich von reaktionären und nationalistischen Einflüssen befreit, wenn sie den berechtigten sozialen Forderungen der Werktätigen gerecht wird, werden die innerpolitischen Wirren überwunden, das Vertrauen in eine stabile demokratische und soziale Politik im In- und Auslande wiederhergestellt und damit das Volk von materieller und seelischer Not befreit werden.

Wir wissen, daß die Not im kommenden Winter geradezu unerträglich werden wird und daß der Abwehrkampf der Kapitalisten gegen die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Forderungen sehr energisch geführt werden wird.

## Industrialisierung der Rohstoffgebiete

Die Industrialisierung überseeischer Agrargebiete ist eine der bemerkenswertesten Erscheinungen der Nachkriegszeit. Anfänge dazu waren zwar schon länger sichtbar geworden, aber erst der Weltkrieg hat die Entwicklung durch die Absperrungen und die Veränderungen in den Verhältnissen wesentlich gefördert. In einer kurzen Zeitspanne waren Gebiete industriell besiedelt worden, die bisher keine oder nur geringe Ansätze zu mechanischer Güterherstellung kannten. Viele Rohstoffländer haben Fabriken errichtet und mit der Eigenverarbeitung ihrer Agrarerzeugnisse begonnen. Manche Volkswirtschaftler glaubten, daß die infolge unterbundener Einfuhr entstandenen Industrien in Uebersee nach Wiederherstellung der weltwirtschaftlichen Beziehungen dem Wettbewerb der alten Industrieländer nicht würden standhalten können. Diese Auffassung erwies sich als unzutreffend. Die Ansiedlung von Industrien in Rohstoffländern ist keineswegs eine vorübergehende Erscheinung. Es handelt sich vielmehr um eine dauernde Standortverlegung vorerst von Konsumgüterherstellenden Industrien, die zweifellos zum Nachteil für die älteren Industrieländer ausschlagen muß, und der Nachteil wird um so größer sein, je schneller sich die neuen Industrien unter dem Schutz protektionistischer Maßnahmen ausbreiten. Damit fällt auch eine alt hergebrachte Lehrmeinung der Nationalökonomie, nämlich daß ein arbeitsteiliges Verhältnis zwischen den Ländern der gemäßigten und der heißen Zone aus klimatischen und geographischen Gründen naturgegeben sei. Die frühere Trennungslinie zwischen sich ergänzenden Rohstoff- und Industrieländern wird verwischt, die Maschinen überziehen den Erdball.

Zu den Vorteilen der Standortverlegung von Industrien nach bisher unentwickelten Ländern gehört einmal der verbilligte Bezug der Rohstoffe an den Orten ihrer Gewinnung. Auch die Kosten der Beförderung der Erzeugnisse von der Produktionsstätte zu den Abnehmern sind geringer als bei der Einfuhr. Die Zollbelastung entfällt bei der Produktion für den einheimischen Bedarf. Ein anderer wesentlicher Faktor sind die geringen Verarbeitungskosten der Rohstoffe. Ihr niedriger Stand wird hauptsächlich durch den geringen Aufwand für Löhne bestimmt. Die Belastung durch soziale Versicherungseinrichtungen und Arbeitsschutz entfällt in den meisten industriellen Neuländern ganz, in anderen ist sie unbedeutend.

Infolge der Standortverlegung von Industrien nach Ueberseeländern wird dort eine rasch wachsende Zahl von Menschen zur Arbeit in den Fabriken und Werkstätten herangezogen, die in bezug auf Lohn und andere Ansprüche äußerst bescheiden sind, denn es mangelt ihnen der Rückhalt des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. In den alten Industrieländern hingegen ist der natürliche Zuwachs von Arbeitskräften größer als der neu entstehende Bedarf, es nimmt nicht die Zahl der Beschäftigten zu, sondern es schwillt das Heer der Arbeitslosen.

In den lateinamerikanischen Ländern ist das Streben nach Schaffung eigener Industrien besonders deutlich. In dem vom Direktor des Internationalen Arbeitsamtes an die jüngste Internationale Arbeitskonferenz erstatteten Jahresbericht wird darauf verwiesen, daß namentlich in Argentinien, Brasilien und Chile die während des Krieges geschaffenen und durch hohe Zölle geschützten Industrien sich kräftig weiterentwickeln. Argentinien, das noch im Jahre 1914 71 328 Duzend Paar Schuhe eingeführt hatte, ließ im Jahre 1927 nur noch 1716 Duzend zu, nach-

versucht doch sogar die amerikanische Kapitalwelt den Abbau der Arbeitslosenversicherung in England und Oesterreich zu erzwingen. Um so mehr werden die deutschen Arbeiter ihre Kräfte zusammenraffen müssen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Wir haben uns lange genug im Abwehrkampf gegen Verschlechterungen befunden. Die Beschlüsse von Frankfurt und der SPD.-Reichstagsfraktion erfordern aber, daß wir wieder energisch zum Angriff übergehen. Darum ist einheitliches Vorgehen und einheitliches Handeln der Arbeiterschaft erforderlich. Geschlossen müssen wir alle, Mann für Mann und Frau für Frau, für diese Forderungen eintreten und mit aller Energie für ihre Durchführung kämpfen. Die Schreihälse aber von rechts und links mit ihren täglich wechselnden Parolen, mit ihrer Radau- und Terrorpolitik, die uns nicht vorwärts, sondern immer weiter rückwärts bringen, läßt jeder zielbewußte Arbeiter unter sich. G. R.

dem inzwischen die einheimische Ledererzeugung die Beherrschung des Marktes erreicht hatte. In Brasilien ist die Einfuhr von Wolle von 1914 bis 1924 um die Hälfte, die von Baumwolle von 1922 bis 1929 um zwei Drittel zurückgegangen, während von 1920 bis 1926 die Zahl der in der heimischen Baumwollindustrie beschäftigten Arbeitnehmer um ungefähr ein Drittel und die Zahl der Spindeln um 50 Proz. zugenommen hat. In Chile, wo die Textilindustrie ebenfalls einen bemerkenswerten Aufschwung genommen hat, ist die Industrialisierung während und nach dem Kriege beschleunigt worden. Das in der verarbeitenden Industrie angelegte Kapital ist von 133 Millionen Pesos im Jahre 1914 auf 822 Millionen im Jahre 1925 und auf 1012 Millionen im Jahre 1928 gestiegen. Das sind nur einige Beispiele.

Japan hat nicht nur eine umfangreiche Konsumgüterindustrie aufgebaut, sondern es tritt auch bereits auf dem Produktionsmittelmarkt mit Europa und Nordamerika in Wettbewerb. Ueberall in Ostasien gewinnt die japanische Industrie mehr und mehr Boden als Lieferant aller Arten von Fertigwaren; gleichzeitig geht die europäische Ausfuhr nach dem Fernen Osten mehr und mehr zurück.

In Indien hat sich die Textilindustrie, deren Anfänge bereits etwa 70 Jahre zurückreichen, seit der Jahrhundertwende rasch entwickelt. Die Baumwollindustrie steht mit 9 Millionen Spindeln und 160 000 Webstühlen an fünfter Stelle unter den baumwollverarbeitenden Ländern. Die indische Juteindustrie hat eine solche Ausdehnung gewonnen, daß sie heute 60 Proz. der gesamten Rohstoffproduktion verbraucht. Auch die Eisen- und Stahlindustrie ist in Indien bereits von beachtenswertem Umfang.

Im tropischen Afrika bereitet sich die Palmöl- und Baumwollaufbereitungsindustrie aus. Dem Süden her dringen andere Industrien vorerst langsam bis Rhodesien vor.

Der Schaden, der den alten Industrieländern infolge der sinkenden Konsumgüterzufuhr der seitherigen überseeischen Aufnahmeländer ihrer Erzeugnisse entsteht, kann wohl vorübergehend und teilweise ausgeglichen werden durch eine steigende Nachfrage dieser Länder nach Produktionsmitteln. Doch nur vorübergehend, denn es ist wahrscheinlich, daß dort, wo Konsumgüterindustrien einmal festen Fuß gefaßt haben, später auch die Herstellung der nötigen Produktionsmittel in Angriff genommen werden wird. Die Voraussetzungen hierzu mögen nicht überall gegeben sein, vor allem wird wahrscheinlich der Mangel höher qualifizierter Arbeiter noch eine Zeitlang weiter bestehen. Nach und nach werden jedoch auch die farbigen Arbeiter auf eine höhere Kulturstufe gehoben und damit für qualifizierte Leistungen brauchbarer gemacht werden.

Die „Cos-von-Europa-Bewegung“ ist eines der auffälligsten Kennzeichen der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Entwicklung. Doch auch in Europa selbst sind seit dem Kriege starke Wandlungen in der geographischen Verteilung der Industrien eingetreten. Diese unter den Zwangsumständen des Krieges ins Leben gerufene Industrien wurden beibehalten und weitere Fabriken mit großem Aufwand an Mitteln neu errichtet, namentlich in den neuen oder mit großem Gebietszuwachs bedachten Staaten Mittel- und Osteuropas. Die kriegswichtigen Industrien werden fast überall stark begünstigt und teils aus diesem Grunde, teils infolge des Strebens nach wirtschaftlicher Selbstversorgung entstanden zahlreiche neue Produktionszentren neben den alten, womit die Gefahr der Ueberproduktion vergrößert wurde. H. Fehlinger.

## Aufruf des Beamtenbeirats des Gesamt-Verbandes

Der Beamtenbeirat beim Verbandsvorstand hat in seiner Sitzung am 11. September folgenden Aufruf beschlossen:

Trotzdem Ware auch in Deutschland im Ueberfluß vorhanden ist und die deutsche Industrie in der Lage wäre, weit über den Bedarf unseres Volkes hinaus zu produzieren, können viele Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter mit ihren Familien selbst ihre allerdringendsten Lebensbedürfnisse nicht befriedigen. Trotzdem in einigen Ländern hochwertige Lebensmittel nicht verbraucht werden können und umkommen, stehen in anderen Ländern die Menschen hin und sterben an Unterernährung. Der Mensch kann nicht zur Ware kommen und die Ware nicht zum Menschen. Diese Tatsache beweist, daß unser Wirtschaftssystem nicht in Ordnung ist, daß die heutige Wirtschaft nicht der Wohlfahrt aller dient.

Kartelle und sonstige Vereinbarungen garantieren auch dem unsäglichsten Unternehmer einen Profit, da die Preise nach der teuersten Produktion bemessen und dem Verbraucher diktiert werden. Schutzzölle verhindern selbst die Einfuhr der notwendigsten Lebensmittel zur Milderung der Not, obwohl die Weltmarktpreise weit unter den innerdeutschen Preisen liegen. Die Rentabilität der Landwirtschaft, die noch heute nicht bereit ist, Produktion und Produktionsmethoden zu modernisieren, soll durch Hochschußzoll, durch Steuererlaß und Subventionen aller Art gesichert werden. Durch diese Politik zugunsten der Landwirtschaft veranlaßt man das Ausland zu Gegenmaßnahmen, die uns die letzten industriellen Absatzmärkte verschließen, wodurch das Elend der Arbeitslosigkeit vermehrt wird.

Wenn die Wirtschafts-„Führer“ ratlos vor der Krise stehen, wenn in unerhörtem, nicht übersehbar Ausmaß Bankrott- und persönliche Bereicherungswirtschaft getrieben wird, daß Bilanzen gefälscht, Kapitalien verschoben und Zusammenbrüche hervorgerufen werden, die in der ganzen Welt Aufsehen erregen, wenn aus dieser Wirtschaft eine ungeheure Verschärfung der Krise folgt, die Großbanken ruiniert, zu neuen Kapitalkündigungen des Auslandes führt und das ganze Reich erschüttert, wenn immer wieder nur nach neuen Subventionen, neuen Erleichterungen für die Wirtschaft und neuen Sanierungen durch die Allgemeinheit gerufen wird, dann muß jeder erkennen, daß die Zeit, in der wir eine solche Mißwirtschaft ertragen haben, vorüber sein muß, dann ist es nötig, daß alle denkbaren Mittel angewendet werden, um dieses System mit diesen Konsequenzen und Auswüchsen zu beseitigen.

Und gerade weil es nicht möglich ist, dieses Wirtschaftssystem von heute auf morgen durch ein System der planwirtschaftlichen Befriedigung des Bedarfs, durch den Sozialismus zu er-

sehen, gerade deshalb muß um so zielbewußter alles getan werden, was auf dem Weg zu diesem Ziel heute schon möglich und nötig ist. Kartelle, Truste und Banken müssen unter staatliche Kontrolle gestellt, volkswirtschaftlich schädliche Preisbindungen müssen beseitigt, die öffentliche Wirtschaft muß geschützt und gefördert werden.

Selbst die Reichsregierung, die ausschließlich aus Ministern bürgerlicher Parteien besteht, hat sich in mehrfachen Erklärungen gegen die kapitalistische Mißwirtschaft wenden müssen. Sie hat uns versprochen, daß sie die Preise senken und dabei auch vor den mächtigen Kartellen nicht haltmachen werde; geschehen ist nichts. Sie hat uns erklärt, daß das Aktienrecht, das heute dem Mißbrauch Tür und Tor öffnet, reformiert werde; seit Monaten erfahren wir nur, daß „die Beratungen noch schweben“. Reichsarbeits- und Reichsfinanzminister haben versichert, daß neue Lohn- und Gehaltsenkungen nicht möglich seien, und doch werden weitere Tarife gekündigt, Besoldungen, Pensionen und Hinterbliebenenbezüge, Unterstufungen und sonstige Personalausgaben gekürzt.

Das ist nicht der Weg, der uns aus dieser Krise heraus- und unserem Ziele näherführt.

Kollegen, die Fehler dieser Wirtschaft treffen auch euch! Eure Angehörigen sind arbeitslos, eure Kinder finden keinen Beruf. Ihr könnt die überhöhten Preise nicht mehr bezahlen. Aber Verordnung auf Verordnung ergeht, um die durch die Krise ruinierten Etats durch immer neue Ersparnisse, durch Kürzung am Kürzung an Gehältern und Löhnen, durch Abbau und Entlassungen zu sanieren. Gesetz und Vertrag werden durchbrochen und bieten keinen ausreichenden Schutz! Aber in der gleichen Verordnung, die die schwersten, unsozialsten Angriffe auf die Beamten, Angestellten und Arbeiter brachte, erhielt die Wirtschaft neue Subventionen, neue Schutzzölle, neue Steuererleichterungen. So kämpft die Wirtschaft für ihre Interessen!

Wollt ihr euch selbst aufgeben?

Wollt ihr beiseite stehen?

Kollegen, es gilt, der organisierten Macht der „Wirtschaft“ den organisierten politischen und gewerkschaftlichen Willen der Massen entgegenzustellen. Der Erfolg des Gesamt-Verbandes gegen die Notverordnung beweist, was not tut: Wo die geschöpfene gewerkschaftliche Macht, unterstützt durch die politische Partei, steht, dort ist euren Gegnern eine Grenze gezogen. Auch die Beamten und Angestellten gehören in diese Front, in den

Gesamt-Verband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs.

## Das Konjunkturforschungsinstitut zur Drosselung der Kaufkraft

Das amtliche Konjunkturforschungsinstitut hat jetzt einen Quartalsbericht für die Zeit bis Anfang September 1931 veröffentlicht, in dem festgestellt wird, daß die Situation in der Weltwirtschaft und in Deutschland sich noch verschärft hat.

So setzte sich in allen kapitalistischen Volkswirtschaften die rückläufige Bewegung fort. Besonders in Europa hat die deutsche Kreditkrise eine neue Welle verschärfter Wirtschaftsschrumpfung gebracht. Auf den Rohstoffmärkten der Welt hält die Preisbaulise an. Die Lagervorräte bleiben unverändert hoch und sind zum Teil noch gestiegen. Die Konjunktur in Deutschland ist Anfang September gekennzeichnet durch starken Deflationsdruck infolge der ausländischen Kreditabzüge. Dazu kommt ein weiteres Sinken des Verbrauchseinkommens, das den Inlandsmarkt weiter verengt. Die im Juli einsetzenden Kreditwirren haben somit in Deutschland die stellenweise Besserung, die sich im ersten Halbjahr andeutete, im Keime erstickt.

Das Schwergewicht der Untersuchung hat das Konjunkturforschungsinstitut auf die Schrumpfung des Masseneinkommens gelegt. Das Institut stellt bei vorsichtiger Berechnung fest, daß das Masseneinkommen im 2. Quartal 1931 gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um 1,25 Milliarden gesunken sei, während für die ersten sechs Monate dieses Jahres die Verluste der Massenkaufkraft auf nahezu drei Milliarden Mark beziffert werden. Hinzu kommt, daß die gekürzten Einkommen noch durch erhöhte Steuern belastet werden. Für das Gesamteinkommen der Beamten wird für das laufende Jahr eine Drosselung von rund 750 Millionen oder durchschnittlich 8,4 Proz. gegen 1930 angenommen.

Das Arbeitseinkommen insgesamt ist um mehr als 12 Proz. gekürzt worden, während eine Wertsteigerung des Konsumtengebildes infolge sinkender Lebenshaltungskosten von nur 6,7 Proz. bis Ende Juli von etwa 7 Proz. eingetreten ist. Diese klaffende Schere zwischen Abbau der Nominallöhne und Kaufkraftverlust infolge Arbeitslosigkeit auf der einen und Preisabbau auf der anderen Seite ist die Hauptursache für die unheimliche Schrumpfung des deutschen Inlandsmarktes. Die hieraus entstehende Krisenverschärfung wird durch die augenblickliche Finanz- und Kreditkrise in gefährlichem Umfang gesteigert.

Die Hoffnung des Unternehmertums, auf den Exportmärkten sich für das Versagen der inländischen Käufer schadlos zu halten, wird von dem Konjunkturforschungsinstitut gründlich zerstört, da hierfür eine entsprechende Belegung des Weltmarktes fehlt und die Verdrängung anderer Konkurrenten erst nach langem und scharfem Kampf möglich sei.

Diese Feststellungen des amtlichen Konjunkturforschungsinstituts lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Sie weisen die Regierung nachdrücklich darauf hin, daß die Lohnabbau-politik mit allen ihren Folgen zu einer katastrophalen Verschärfung der deutschen Krise geführt hat. Der jetzt eingetretenen Situation kann ihre gefährliche Spitze nur dadurch genommen werden, daß durch rückwärtslose Umstellung der deutschen Lohnpolitik eine fühlbare Kräftigung des deutschen Inlandsmarktes und damit eine Ankurbelung von unten heraus erfolgt.

## Das gegnerische Steuerprogramm für die Konsumvereine

Die ungeheuerliche Ueberziehung des Handels, die durch eine Zunahme um 67 Proz. der Betriebe in der Zeit von 1907 bis 1925 illustriert wird, wo die deutsche Bevölkerung nur um 8 Proz. zunahm, sollen die Konsumgenossenschaften, d. h. ihre zu 75 Proz. aus Arbeiterfamilien bestehenden Mitglieder mit Ausnahmebesteuern büßen. Nicht genug damit, daß die von den Konsumgenossenschaften zu zahlenden normalen Steuern, von denen sie wie jeder einzelne Händler erfaßt sind, auf Grund ihrer Buchführung mit „Heller und Pfennig“ herangezogen werden, nicht genug mit der Sonderumsatzsteuer (die Millionenbeträge von Ersparnissen den Mitgliedern der Konsumgenossenschaften wegsteuert), von der der Einzelhandel nicht erfaßt ist — nein, nachdem die Ausnahmebesteuerung einmal angefangen ist, soll sie „ausgebaut“ werden.

Mit der Warenhaus- und Filialsteuer will man nicht nur die Warenhäuser, sondern auch und erst recht die Konsumgenossenschaften treffen. Und daß es sich vom Standpunkt der Konsumvereinsgegner aus „lohnt“, das zeigen die Erträgnisse der Warenhaussteuer in Thüringen, wo 20 Warenhäuser, 34 Konsumgenossenschaften und 21 sonstige Betriebe erfaßt sind. Den Löwenanteil der Steuer mit 280 000 Mk. tragen die Konsumgenossenschaften, die eigentlichen Warenhäuser zahlen 160 000 Mk. und die „sonstigen Betriebe“ bringen es gar nur auf 70 000 Mk. Wer also in erster Linie durch die Warenhaussteuer getroffen werden soll, das sind die Konsumgenossenschaften, die nur an ihre Mitglieder — 75 Proz. Arbeiterfamilien! — verkaufen dürfen, außerdem aber auch die höchsten Gewerbesteuern zahlen müssen, obwohl sie gar keine Gewerbebetriebe darstellen und an „Dritte“ nicht verkaufen dürfen, d. h. also Gewerbesteuerpflicht ohne Gewerbebefreiung — mithin auch eine Ausnahmesteuer!

Eine weitere Ausnahmesteuer, die vor allem wieder die Konsumgenossenschaften treffen und die Ersparnisse ihrer Mitglieder schwächen, wird mit der sogenannten Filialsteuer angestrebt, die ebenso wie die Lohnsummensteuer im Steuervereinfachungsgesetz „verankert“ ist. Die Lohnsummensteuer ist auf Betreiben der Nationalsozialisten in Thüringen eingeführt worden, wo alle Betriebe (lies: Konsumgenossenschaften!) mit über 300 000 Mk. Jahresumsatz 6 Proz. der gezahlten Gehälter und Löhne als Steuern abführen müssen — eine nationalsozialistische, wirtschaftsparteiliche, landbündlerische, volksparteiliche Ungeheuerlichkeit ohne Gleichen. Was die Filialsteuer anbelangt, so „soll“ sie auf die großkapitalistischen Kolonialwarenfirmae gemünzt sein, aber treffen wird sie wiederum und vor allem die Konsumgenossenschaften mit ihren auswärtigen Verteilungsstellen, deren betriebs- und volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung unbestritten ist. Ebenfalls also eine Ausnahmesteuer schlimmster Art, denn die Gemeinden mit konsumgenossenschaftlichen Verteilungsstellen erhalten jeweils den anteiligen Betrag der Gewerbe- und aller sonstigen Gemeindesteuern (Getränkesteuer), so daß die steuerliche Belastung der konsumgenossenschaftlichen Filialen keinesfalls geringer, sondern weit größer ist, als die des ortsansässigen Handels. Insbesondere auch durch die 0,5 Proz. Sonderumsatzsteuer, die auch die Umsätze der kleineren Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften trifft und beispielsweise in Württemberg einem Gewerbesteuerzuschlag von 160 Proz. (!) entspricht.

„Ist sie gleich Wahnsinn, so hat sie doch Methode“ — diese Ausnahmebesteuerung der Konsumgenossenschaften. Denn die „Deutsche Kolonialwarenzeitung“ vom 11. März 1931 hat gefordert und verraten, daß die „Spitzenvertretungen des kaufmännischen Lebensmitteleinzelhandels“ auf die Regierungen des Reichs und der Länder einwirken werden, „um einen gerechten Ausgleich der unnatürlichen Macht und Wachstumsverhältnisse, die die Nachkriegszeit gebracht hat“, herbeizuführen. Womit allein die Konsumgenossenschaften mit ihren vier Millionen Mitgliedern gemeint sind. — So sieht die soziale Gesinnung des Privathandels, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Wirtschaftspartei aus, die alle zusammen ihr mittelstandspolitisches „Mühen“ an der genossenschaftlichen Selbsthilfe „kühlen“ wollen; dieweilen die Privatwirtschaft um Subventionen, zinslose Darlehen, um Garantien bei Reich und Ländern schnorrt, sollen die Konsumgenossenschaften durch Steuern blutleer gemacht und die minderbemittelte Bevölkerung um ihre Ersparnisse gebracht werden! ff.

## Unsere Jugend

### Laßt die Jugend aktiver werden!

Die Jugend, d. h. der Nachwuchs, ist für Gewerkschaft und Sozialdemokratische Partei von besonderer Wichtigkeit. Der alte Grundsatz: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“, findet hier im besonderen seine Berechtigung. Gerade für die sozialistische Arbeiterbewegung, der es vorbehalten ist, die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit zu einem siegreichen Ende zu führen, ist diese Frage von eminenter Bedeutung. Wir sind uns darüber klar, daß sich die jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiter noch lange nicht in den Reihen derer befinden, die für ihre geistige und materielle Befreiung Sorge tragen, und der Gedanke des Verbundenseins mit seinen Klassengenossen noch lange nicht alle Jugendllichen erfaßt hat. Wie war es sonst möglich, daß die Nationalsozialistische Partei, deren ausgeprägter reaktionärer Charakter während ihrer Amtstätigkeit in Braunschweig und Thüringen hervorgetreten ist, am 14. September v. J. eine so große Vertreterzahl im Reichstag erhalten konnte. Hier war es nicht zuletzt ein großer, von falschen Idealen erfüllter Teil der deutschen Arbeiterjugend, der einer Partei die Stimme gab, die sich die Wiederholung der „glorreichen Vorkriegszeit“ zum Ziele gesetzt hat, die aus der deutschen Jugend wieder „preußische Männer“ von altem Schrot und Korn machen will. Diese Tatsachen allein genügen, uns zu fragen, wie es kommt, daß Jugendlliche, die rein klassenmäßig zu uns gehören, im gegnerischen Lager weilen, und mit welchen Mitteln diese Jugendllichen aus diesen Kreisen wieder zu uns herübergeholt werden können. In erster Linie ist Sorge zu tragen, daß die jugendlichen Erwerbslosen wieder dem Produktionsprozeß zugeführt werden. Gerade aus dieser Misere heraus entsteht ein großer Teil der Unzufriedenheit des Jugendllichen mit der heutigen Gesellschaftsordnung. Er hat das Gefühl, wegen seiner Arbeitslosigkeit überflüssig und überzählig zu sein und wendet sich schleichend gegen alles. Aber eine noch weit schwierigere Aufgabe ist es, den jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeitern die Situation der heutigen Machtverhältnisse und die sich daraus ergebenden Erfolgsmöglichkeiten für die arbeitende Klasse klarszumachen. Immer wieder hört man von ihnen, daß Partei und Gewerkschaften (d. h. die Führung) ihren Aufgaben oft nicht gewachsen waren. Hier haben besonders die älteren Genossen und Kollegen die Pflicht, den Jugendllichen plausibel zu machen, daß Partei und Gewerkschaften in der Nachkriegszeit eine Wandlung durchgemacht haben, daß sie ihre alte negative, alles verneinende Haltung ändern mußten. Nach wie vor befinden sich Parteien und Gewerkschaften in Opposition gegenüber der heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, aber den heutigen Staat als solchen bejahen sie in der Erkenntnis, daß nur mit Hilfe der Republik und der damit verbundenen Demokratie der Staat für uns nutzbar gemacht werden kann, und daß dieser Staat der günstige Nährboden ist zur Erringung unserer sozialistischen Ziele. Der Staat von heute ist eben nicht mehr der Staat der Dorrevolutionszeit. Soziale Fürsorge, Sozialversicherung, der immer fortschreitende Einbruch in die liberale Betriebsführung (wie weit dies bereits geschehen ist, beweist u. a. das Vordringen der öffentlichen Wirtschaft und der wirtschaftlichen Betriebe der organisierten Arbeiterschaft selbst) sind alles Dinge, die nicht als unbedeutend angesehen werden dürfen. Alles das sind Erfolge, deren Größe erst bei ihrem Verlust gespürt werden. Aber auch in den Betrieben und Versammlungen, überall, wo Ältere und Jüngere zusammenarbeiten und -wirken müssen, ist es erforderlich, daß Spannungen zwischen Alter und Jugend kameradschaftlich ausgetragen werden. Hier muß im Vordergrund die Erkenntnis stehen, daß es gerade die Jugend ist, die besonders unter der Wirtschaftskrise und an den Folgen des verlorengegangenen Krieges zu leiden hat. Wünschenswert ist es, daß man der Jugend Verständnis und Verstehen für ihren Tatendrang entgegenbringt. Nicht daß man sie, wenn sie den Willen hat, sich in irgendeiner Form zu betätigen, sei es in der geringsten gewerkschaftlichen oder parteilichen Kleinarbeit, daran hindert. Nein, gerade umgekehrt. Heran mit der Jugend an freierwerbende Stellen der politischen Arbeit, sei es als Obleute, Vertrauensmänner, Beitragskassierer usw. Hier soll die Jugend beweisen, ob sie etwas zu leisten imstande ist. Das sind die Stellen, wo sie sich vorbereitend schulen kann, damit sie später allen Anforderungen, die das gesellschaftliche und politische Leben an sie stellt, gewachsen ist.

Richard Sandeck.

## Die moderne Stadt

Der Arbeiter erlebt eine Stadt als eine Häufung von Wohnhäusern, mit allerhand Arbeitsstätten dazwischen, Büros und kleine Buden überall zerstreut, große Fabriken mehr draußen am Rande. Jergendwo in der Mitte die lebhaftesten Verkehrsstraßen, Rathaus und andere Amtsgebäude, zwischen den Fabriken am Rande eingestreute Schrebergärten, Handlungsgärtnereien, Wiesenstücke, Zäune, Eisenbahndämme, darüber die schwarzgeteerten Brandmauern großer Häuser, dort, wo eine angefangene Straße vorläufig einmal nicht weitergebaut worden ist. Nach einer Himmelsrichtung, in Deutschland meist nach dem Westen hin, liegen die Straßen, in denen Angehörige der besitzenden Klassen in Villen wohnen, von Gärten und Parks umgeben. So ungefähr sieht eine Stadt aus. Man hat in einer Stadt, in irgendeinem Betriebe gelernt, hat die meiste Zeit des Lebens mitten in der Stadt oder in einer der Fabriken am Rande gearbeitet, ist auf den Arbeitsnachweis stempeln gegangen. Die meisten Wege, die man geht, führen über Pflaster oder Asphalt. Ein Stück Eisenbahn zu einem Dorort, Straßenbahn oder Autobus durch die Stadt verstehen sich von selbst.

— Wer vom Lande in die Stadt gezogen ist, wer Kindheit und Jugend noch im Dorfe, auf dem Gutshofe oder in kleinen, von Landwirtschaft umgebenen Industriefiedlungen verbracht hat, fühlt noch den Gegensatz der Lebensweise hier und dort. Viele aus der Arbeiterjugend, die so oft wie möglich für einen oder zwei Erholungstage nicht nur aus der Arbeitsfron, sondern auch aus der städtischen Umgebung sich hinausretten in den Wald und ans Wasser, werden auch den Gegensatz noch empfinden, wenn sie auch nicht mehr wissen, wie es ist, wenn man dauernd auf dem Lande lebt. — Heute aber besteht wohl schon die Mehrheit der Arbeiterklasse aus Menschen, die von Kind an in der Stadt groß geworden sind, und die andere als städtische Lebensgewohnheiten sich kaum vorstellen können; und der gewöhnliche Sonntagsausflug gehört ja eben auch ganz zu den Lebensgewohnheiten eines Städters. — Funktionäre der Arbeiterbewegung gelangen noch zu anderer Kenntnis vom Wesen einer Stadt. Sie haben unter Umständen die Möglichkeit, eine Stadt von innen zu sehen, d. h. eine Stadtverwaltung aktiv kennenzulernen. Sie werden Stadtverordnete, Schöffen und Mitglieder von allerhand städtischen Verwaltungskommissionen. Sie erfahren so, was kommunale Selbstverwaltung ist, sie erfahren, daß und auf welche Weise eine Stadt Geld und wirtschaftliche Werte zu verwalten hat, daß sie bestimmte Mengen von Nahrungsmitteln regelmäßig braucht, daß sie einen Teil jener Wohlfahrtspflege ausübt, die die bürgerliche Gesellschaft zu ihrem Schutze um sich herumgebaut hat; sie stellen fest, daß eine Stadt das Bedürfnis hat, Grund und Boden zu kaufen, ihre Verwaltungsgrenzen auszudehnen, daß sie dabei mit staatlichen Verwaltungsbehörden, mit benachbarten Gemeinden, mit Grundstückseigentümern und Grundstücksspekulanten in Konflikte kommt. Sie erleben, wie der Mechanismus des Finanzkapitals auch die Stadt ergreift, wie die Banken aus Anleihen, die sie geben, enorme Profite heraus schlagen, wie die Stadt in ihren eigenen Betrieben — Elektrizitätswerken, Gas-

werken, Straßenbahnen — wirtschaftet. — Von alledem erlebt der einzelne Arbeiter auch sonst ein Stück: der Straßenbahner fühlt die Hand des städtischen Arbeitgebers, die Arbeiterfrau muß die Gasrechnung bezahlen, der Besitzer des Schrebergartens wird in Kämpfe um Grundstücke und Eingemeindungen hineingezogen, wer der Wohlfahrtspflege anheimfällt, erfährt ihre Unzulänglichkeit am eigenen Leibe. Sie alle erleben auch die Stadt von innen, aber immer nur stückweise. Die heutige Organisationsform der Arbeiterbewegung behält die innere Kenntnis der Gesamtheit städtischer Selbstverwaltung einer verhältnismäßig kleinen Zahl

### In unseren engen alten Gassen

Neugierig und ängstlich stehen die Fremden vor den engen Gassen. Die Damen denken ganz heimlich an Lustmord, und ihre blassen Wangen werden ausnahmsweise einmal ohne Schminke rot. Es fehlt nur noch, daß die Polizeiverordnung, die da steht vor dem Betreten warnte. Aber das Verbot ist nur für Autos, für Fahr- und Motorräder, Kindertwagen sind erlaubt, weil die Frauen hier noch jedes Jahr ein Gör austragen. Die fremden Damen, die sonst blasiert durch die breitesten Straßen gehen, bleiben hier vor dem Schaufenster eines jeden Trödlerladens stehen. Aber die Zeiten, wo ein Handwerksmeister als Künstler im Verborgenen blühte und ahnungslos Schätze schuf, lebt nur noch in unsern Lesebüchern. Hüte, Kleider, Schuhe und Kaffeetische kommen auch hierher nur aus der Großindustrie.

Durch viele Vertreterhände, zuzüglich Rabatt, Speesen, Dividende und Gehalt für die Syndik.

Da es mit dem Lustmord nichts wird, träumen die fremden Damen von den kleinen Konditoreien, die man hier manchmal an den Ecken sieht. Sie meinen, man könne hier gut zu zweit, was man sonst nicht darf. Zum Beispiel mit unerlaubten Liebhabern ungehört und unbelauscht schmugeln. Und sie beneiden die Frauen dieser Stadt. Ach, wie sie sich irren! Ungehört kann man hier weder Liebe stammeln noch Kinder zeugen noch welche kriegen.

Weil die Hauseingänge, die Fenster und die Schlafstuben viel zu eng beieinanderliegen, stoßen sich die Gebauten dauernd an Mauern und Giebeln krank. Und aus Anteilnahme wird Klatsch und Neugierde aus Wissensdrang.

Mittag liegt der Gestank in Schwaden zwischen den Häusern. Er kommt aus den Küchen, den Läden, den kleinen Werkstätten. Zu den Gerüchen von Essen und Arbeit kommt der Dunst von Mensch und Tier. Schauernd denkt man an früher, wo es noch nicht einmal eine Müllabfuhr hier gegeben haben soll und im Sinnfeld der Inhaft der Nachgeschirre der Bach für die spielenden Kinder war. Wenn ich nicht irre, herrschte auch alle zwanzig Jahre die Pest. Die sorgte dafür, daß die Menschen nicht zahlreich wurden wie Ratten und Katzen. Ach, haben wir es nicht doch schon herrlich weit gebracht? Wir haben eine Mütterberatungsstelle und einen Ausschuß für Hygiene im Stadtparlament. Nur für helle und lustige Wohnungen, für Arbeitslose statt für Soldaten haben wir noch immer kein Geld. Und warten weiter in den engen Gassen, ob der ganze Dreck nicht endlich zusammenfällt.

Hochkapitalismus zugleich aber auch der Mutterboden und die Vorausdeutung des kommenden Sozialismus. In den Städten konzentriert sich die Macht des Finanzkapitals in den Großbanken und Börsen, in den Bürohäusern der großen Industriekonzerne und der Wirtschaftsverbände.

Aber hier in den Städten wächst auch die Kerntruppe des Proletariats, hier sammeln, organisieren sich die vom Kapital geschaffenen Arbeitermassen, von hier aus gehen die Fäden zu den Klassengenossen in den Kleinstädten und auf dem flachen Lande. Und je mehr die Landwirtschaft industrialisiert wird, desto mehr erweist in ihr das Bewußtsein, mit dem Proletarier in der Stadt verwandt zu sein. — Auf den Straßen der großen Städte wurden und werden auch in Zukunft die entscheidenden Schlachten im Kampf der Klassen ausgefochten werden, und die Städte werden einst im Mittelpunkt einer sozialistischen Neuordnung stehen, die nur eine neue Weltordnung sein kann.

## Das Gesicht Berlins

Berlin ist nicht die markanteste, vielleicht aber die interessanteste Großstadt Europas. Gerade sein Wachstum ist bewunderungswürdig. Noch zu Beginn des 14. Jahrhunderts umfaßte es eine Gebietsfläche von 73 Hektar, heute ist es mit seinem Flächeninhalt von über 90 000 Hektar die größte Stadt der Welt, allerdings nicht an Bewohnerzahl. Berlin zählt heute rund 4 000 000 Einwohner gegenüber 57 000 im Jahre 1709 und einer halben Million in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Berlin kehrt von der Provinz. Die Quelle der Kraft beginnt aber langsam zu versiegen, da die Sterblichkeit größer ist als die Zahl der Geburten, und die Abwanderung von Berlin anhält.

An Bildung und Bildungsmöglichkeiten bietet Berlin viel mehr als eine andere Stadt. Die Unidiversität hat durchschnittlich 10 000 Studierende; die Technische Hochschule die Hälfte. Die Zahl der höheren Lehranstalten beträgt 164. Die städtischen Volksbibliotheken umfassen 106 Ausgabestellen mit rund 600 000 Bänden. Ausgeliehen werden jährlich fast 2 Millionen Bücher, und die öffentlichen Lesehallen werden von ungefähr 800 000 Berlinern besucht.

Berlin hat 48 Theater, und die Zahl der Varietés und Kabarets ist noch größer. Aber all diese Zahlen werden in den Schatten gestellt von den Kinos, von denen Berlin annähernd 400 hat, die jährliche Besucherzahl beträgt viele Millionen.

Berlin ist aber nicht nur ein riesiges Stadtwesen, es ist gleichzeitig auch die Hauptstadt des Deutschen Reiches und Preußens. Die Wilhelmstraße beherbergt eine Reihe wichtiger Reichs- und Landesministerien. In dieser Straße befindet sich die Wohnung des Reichspräsidenten, des Kanzlers und das Auswärtige Amt. Einige Schritte der Leipziger Straße zu, und wir befinden uns in dem großen Geschäftsviertel mit seinen mächtigen die ganze Straßensfront beherrschenden Läden. Friedrichstraße und Leipziger Straße bildet die alte City. Dieser City wurde einmal der Tod vorausgesagt, als sich der Zug nach dem Westen bemerkbar machte. Tatsächlich entstand in der Nähe des Wittenbergplatzes ein neues Geschäftszentrum mit dem Kurfürstendamm als elegantestem Boulevard Berlins. Trotzdem ist die Voraussage nicht eingetroffen. Die alte City hat sich behauptet. Nein, sie ist in den letzten Jahren wieder aufgeblüht und hat den Westen wieder überholt. Ein neuer zentraler und auch geschäftlicher Mittelpunkt erstreckt zu dieser Zeit am Alexanderplatz. Wenn dieser Platz einmal in seinen Neubauten fertiggestellt ist, dürfte er einer der interessantesten architektonischen Schaupunkte des neuen und gleichzeitig auch des alten Berlins sein. Denn dies ist eines der besonderen Merkmale, das Berlin auszeichnet: Es birgt Altes und Neues eng beieinander. Neben einem modernen Hochbau steht noch das alte Miethaus aus den achtziger Jahren, neben einem auf das neuzzeitlichste ausgestatteten Hotel steht die kleine alte Budike, steht der Kellerladen mit seiner heimlichen und unheimlichen Kundschaft.

Aber all das weiß und sieht der mit pochendem Herzen in Berlin-Ankommende nicht. Den ersten und oft auch nachhaltigsten Eindruck von der Hauptstadt erhält er im Empfangsgebäude Berlins im Bahnhof und seiner Umgebung.

Es steigen nicht alle auf dem Bahnhof Friedrichstraße aus, der ein modernes Gesicht bekommen hat, es sehen nicht alle zuerst die Friedrichstraße und die verkehrsüberschwemmte Kreuzung der Linden, es fährt nicht jeder von den Zehntausenden im Auto direkt ins Adlon oder ins Esplanade, die meisten kommen ganz bescheiden an, auf dem Schlesiischen, dem Görlicher, dem Stettiner, dem Anhalter Bahnhof, und dann, nun dann sehen sie Berlin. Und es zeigt ihnen ein überraschendes Gesicht, ein Gesicht, das dem Berliner kaum noch auffällt, das aber den Fremden anstarrt mit verwirrenden Blicken, so daß kaum steht sein Fuß auf Berliner Boden, den Ankömmling Enttäuschung und eine Art von hoffnungslosem und unausweichlichem Hineingerissensein in den häßlichen und betäubenden Tumult dieser Stadt überfallen.

Schon auf dem Bahnsteig, wenn man um sich blickt und über sich diese schwarzen, riesigen, von verrußten und verräucherten gewaltigen Eisengittern getragenen Bahnhofshallen sind von einer gigantischen Trostlosigkeit, und man könnte sich leicht vorstellen, daß einem jungen Menschen, der glücklich, die Weltstadt, die Sehnsucht zu sehen, winzig in dem phantastischen schwarzen Glasfarg des Schlesiischen Bahnhofes steht, zum Weinen traurig und elend wird. Denn hier ist nicht mehr nüchterne Sachlichkeit, die schön sein kann: hier ist, erdrückend und neberschmetternd, über dem Menschen sich wölbende, schwarze, schmutzige, eintönige, unbarm-

herzige und gewalttätige Nüchternheit, die häßlich ist und auf alle, die mit einer Hoffnung kamen, sei es Arbeit zu finden, sei es ein neues Leben zu beginnen, sich zu betätigen und auf Verständnis und Hilfe zu stoßen, wie ein jähes Erwachen aus einem schönen Traume wirkt.

Berlin grüßt mit schwarzen, häßlichen, gigantisch-nüchternen Bahnhofshallen, steinernen Treppen ins tiefe Tunnelgewirr voll unterirdischen, dumpfen Geräusches, zugigen Bahnsteigen, Plakaten über Plakaten an schwarzen Wänden, das Geräusch der Züge geht wie ein ununterbrochener Donner durch die Halle, Menschenströme drängen einen fort, hinaus, noch eine Treppe: Berlin liegt da.

Stettiner Bahnhof: von außen breite, lang hingezogene Front, massige Mauern, Säulen; auf eine fällt der Blick jedes Fremden zuerst, sie trägt Mordplakate, schreit Belohnungen für die Entdeckung von Schwerverbrechern aus und weist den Weg zur nächsten Polizeiwache. Ein großer, grauer, eintöniger Platz. Straßenbahnen, Omnibusse, Menschen. Dreireihige Auffahrt der Tagen, uralte darunter, lebensgefährliche, hochgebauete, schwankende Ungetüme, die quetschend ihren eigenen Rädern mißtrauen. Hotels, Hotels, Hotels. Dunkle Hauseingänge. Zimmer frei! Blick in schwarze Höfe. Zimmer frei: ein Pfeil weist enge, ausgetretene Treppen hinauf ins Ungewisse nüchterner Zimmer im Schatten der Mietkajernhöfe.

Schlesiischer Bahnhof: Da ist kein Adlon, kein Esplanade in der Nähe. Da fällt der Blick des Fremden, vom Bahnhof aus noch, direkt auf die schwarzen, fensterlosen Rücken vielstöckiger Zinshäuser, hinterm Bretterzaun steigen steile, schmale verrußte Wohnblöcke hoch, sie stehen da, wie zufällig hingeworfen, sinnlos, mit den Fenstern nach rückwärts, mit den Höfen nach vorn, mit den Fenstern nach der Seite, mit dem Hinterhaus, Fenster an Fenster, der Straße zu: ein Chaos. Rechts Hotels, links Hotels, schmale Eingänge, viel Schilder, das graue Elend der Koppenstraße, und auf der anderen Seite: die am hellen Tage nachtsunkte Unterführung des Bahnhofs, schwarze Eisenträger, fünfzig Meter breit, und rechts, angeklebt wie aus Pappe, wie aus einem weltentlegenen Dorfe gestohlen: der Wriezener Bahnhof. Hoch über ihm, auf den Gleisen, die in die Weltstadt führen (und glücklicherweise auch wieder hinaus), die hohen, dunklen Signale des Verkehres.

Anhalter Bahnhof: Verkehrsgewimmel, über der tobenden Straße, schwarz gegen den Himmel stehend, ein Eisengerüst, Rohbau eines Wolkenkrägers, der das unselige Gesicht hat, nie fertig zu werden. Der Fremde fragt, gerade hier, nach der nächsten Post. Er findet sie nach unendlicher Mühe. Sie liegt, fast raffiniert versteckt, dicht hinterm Bahnhof. Drei Stufen führen in eine schmale, dunkle Tür: Postamt SW 11. Es sieht aus wie ein Dorfhaus. Es sieht aus, daß man es beinahe nicht glaubt. Aber es stimmt. Es ist ein vielbeschäftigtes, großes Postamt, es hat den Vorteil, in unmittelbarer Nähe eines der größten Berliner Bahnhofe zu liegen und doch von den meisten Fremden nicht gefunden oder übersehen zu werden.

Wie kommt man vom Görlicher Bahnhof, an dem die ältesten Droschken Berlins anzutreffen sind, nach dem Westen? Nach dem Norden? Ein einziger Omnibus rattert an diesem großen Bahnhof vorbei, der 24er, eine Menge Straßenbahnlinien, aber keine sagt deutlich, wo sie hinfährt, wo sie überall hält, wo sie endet. Was weiß der Fremde vom Süd-Nord-Ring? Dem Ost-West-Ring? Bis zur Hochbahn sind über fünf Minuten zu laufen, weiß der Fremde, ob und wo die Hochbahn ist?

Der Lehrter Bahnhof ist ganz abgelegen, liegt isoliert, hat nach allen Stadtgegenden fast nur komplizierte Umsteigeverbindungen, die der Fremde nur nach vielen Aergernissen und Mißverständnissen erkundet. Alle Jahre einmal ist auf ihm der Empfang irgend einer hochgestellten Persönlichkeit. Als Fuad auf dem leeren, unendlichen Bahnsteig ankam, waren die riesigen Glasfenster der Halle gepußt worden. Nur eine große Scheibe hatte man vergessen. Sie glözte, wie sonst die Berliner Bahnhofsfenster, trübe, schmutzig, mit einer dicken, grauen Schicht Alltagsdreck überzogen, auf die kalten Gleise.

Berlins Bahnhofe sind Berlin. Sie haben nichts Heimatliches an sich, nichts Freudiges, keine frohe Farbe, keine helle, heitere Stimmung. Düstere Glasfarge, schwarz und grau. Häßliche Nüchternheit, trostlose Ernüchterung. Mancher, dessen Hoffnungen in Berlin zerschellten, wird froh gewesen sein, als ihn irgendein Zug wieder aus solcher Halle hinaus ins hellere Land trug.

## Im Schatten der Großstadt

Dem Berliner Westen, den luzuriösen Gaststätten am Zoo, dem feudalen Kurfürstendamm und dem Reichskanzlerplatz nach dem Norden oder Osten der Stadt Berlin zu kommen, ist mit der Untergrundbahn eine Kleinigkeit. Um so größer ist aber der Unterschied zwischen dem Licht und dem Schatten der Großstadt. Das gilt insbesondere bezüglich des Liebesmarktes. Natürlich sind die Vorgänge auf diesem Gebiet in jeder Stadt die gleichen, wenn auch der Gegensatz nicht so schroff sein dürfte. Der einzelne Mensch muß fürchtbar viel durchgemacht haben, bis er soweit gesunken ist, daß ihm Respekt vor seiner Person, vor seinem persönlichen Empfinden oder Achtung versagt wird. — Die Prostitution in der Großstadt bedeutet immer noch eine nicht zu unterschätzende Gefahrenquelle. Es kann hier nicht die Rede sein von den verhältnismäßig wenigen sozial höher stehenden Prostituierten, den „Klassefrauen“ des Berliner Westens und eines Teiles der inneren Stadt, die unter hygienisch einwandfreieren Bedingungen ihrem Gewerbe nachgehen können. Ganz anders ist es aber in den überdölkerten Licht- und luftlosen Vierteln des Proletariats des Nordens und Ostens. Hat die „Klassefrau“ des Westens in einer Nacht einen, höchstens zwei Männer, mit denen sie in ein Stundenhotel geht, muß das „Muttchen“ der Arbeitergegend schon mindestens sechs bis sieben Männer in der Nacht erobern, um leben zu können. Ein Hotel ist dem „Freier“ natürlich zu teuer, also geht man in eine private Absteige, wo es für fünf bis zehn Minuten nur 50 Pf. bis 1 Mk. kostet. In jene Räume, die man nicht mehr Zimmer nennen kann, sondern Höhlen, in die nicht Sonne noch Mond hineinschauen, wo es von Wanzen und Ratten wimmelt, wo der Schimmel fingerdick an den Wänden sitzt und wo nie ein frischer Atemzug hineinkommt, da die Löcher einfach keine Fenster haben. Hier ist Wasser, Seife oder gar ein Desinfektionsmittel ein ganz unbekannter Begriff. Und trotz all dieser Zustände verkehren in diesem Halbdunkel alltäglich, allmächtig 30, 40, 50 Menschenpaare. Hier ist die Liebestätte, die Chaiselongue, nicht fünf Minuten leer, weil das nächste Paar schon ungeduldig hinter der Tür steht und wartet. Von einer „Gesundheitsbeschäftigung“, zu der die Mädchen verpflichtet sind, ist schon wegen der Dunkelheit und der kostbaren Zeit keine Rede.

In diesen Winkeln geht es um die Gesundheit Zehntausender. Die Behörden kennen die Absteigen und wissen um ihre Existenz. Aus sozialen Gründen können aber die Quartiere nicht verboten werden, und man duldet sie deshalb stillschweigend. Diese Absteigen sind nicht nur Brutstätten der Geschlechtskrankheiten, hier haßt auch die Tuberkulose.

In dem sogenannten Verbrecherviertel zwischen Alexander- und Rosenthaler Platz sind die meisten und größten Absteigequartiere. In der von der Münzstraße abzweigenden Dragonerstraße sind gleich drei der frequentiertesten Betriebe. Ein Kohlenkeller, ausgeräumt, stinkend, eine Petroleumjungel macht den Keller dreiviertel dunkel. Um den Ofen herum stehen die Mädchen und wärmen sich auf oder warten mit ihrem „Freier“, bis die durch eine Wolldecke verhängte Ecke frei wird. Ein winziger Blechnapf ersetzt die Waschkübel und befriedigt die Reinlichkeitsbedürfnisse. An einem Freitag, also an dem Lohntag

der Arbeiter, wurde die Waschkübel in der Zeit von 14 Uhr bis 4 Uhr von 51 Paaren, also von 102 Menschen benutzt.

In derselben Straße, nur wenige Häuser weiter, ist der größte private Betrieb. In der ersten Etage Wartenraum, eine riesige, fensterlose Küche. Es warten vier Paare. An der Küchentür, die gleich auf den Hausflur geht, hängen 20 gebrauchte Handtücher, die den als Stammkundschaft verkehrenden Mädchen gehören. Ein großer Raum ist durch drei Bretterwände geteilt, im Vergleich zum

Kohlenkeller ist es hier komfortabel; sonst aber der gleiche Dreck. — In der Mulackstraße versagt alle Statistik. Wieviel Absteigen in diesem Hause sind, ist schwer zu ergründen. Wild romantisch ist der vordere Keller, ein finsternes, kalkweißes Gemölbe mit Feldbettstelle und Strohsack. 176 Menschen hat an einem Freitag innerhalb 12 Stunden das Haus verschluckt. — Im Nordosten Berlins, am Büsingplatz, geht die älteste Dirne des Nordens, eine 69 Jahre alte Frau, auf den Strich. Die Zustände in den anliegenden Straßen sind nicht zu schildern. Die Lüste der privaten Absteigequartiere kann beliebig erweitert werden. — Zum Schluß noch einige Zahlen. Was verdient ein Absteigewirt an der Hergabe seiner Wohnung zu Absteigezwecken? Das Zimmergeld beträgt je nach der Aufenthaltsdauer 50 Pf. bis 1 Mk. Ein Absteigewirt kann in einer guten Nacht etwa 80 bis 90 Paare abfertigen. Das ergibt einen Verdienst von wenigstens 50 Mk. Was verdient dagegen aber ein Mädchen von der billigen Arbeit? Natürlich je nach Alter und Aussehen. Ein einigermaßen fleißiges Mädchen bringt es bestenfalls nach Abzug des Zimmergeldes auf 12 bis 15 Mk. Natürlich verstehen es die Mädchen auch, mehr oder minder, ihre „Freier“ auszunehmen, d. h. sie zur Hergabe größerer Summen zu verleiten. Das alles kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Leben der Mädchen ein kümmerliches Fristen ist, vor allem kann aber auch die zerrüttete Gesundheit und der moralische Tiefstand mit Geld keinesfalls aufgemoggen werden. — Tausende von Menschen vegetieren so im Schatten der Großstadt, wenn es auch

### Großstadt-Abend

Der Abend, des Verbrechens Spiegelgelle, schleicht leise heran. Da schleicht des Himmels Helle sich wie ein weites, dunkelndes Geläch — jede Begierde wächst ins Uebermaß.

Abend, du lieber — Trost der wadern Leute, denen zu sagen ziemt: Wir haben heute gearbeitet — du bist es ja, der segnet verzehrten Geistes, dem wildes Weh begegnet, rastlose Stirn, die schwer von Denkens Wucht, gebeugter Mann, der mild' sein Lager sucht.

Indes erwachen wie aus Schlafes Schwere verruchte Geister in der Atmosphäre, Fenster und Dächer streift ihr Flügelbrohn. Beim windgeschwungenen Fladern der Laternen wimmelt jetzt aus Spelunken und Tavernen amesfengleich die Prostitution.

Und findet Wege, wo sie niemand ahnt, dem Feinde gleich, der einen Handreich plant, und wühlt im Rumpf der Stadt nach Rot und Resten, Wandwärmern gleich, die sich im Menschen mästen. Und hier und dort hört man die Küchen prasseln. Von Bühnen kreischt es, die Orchester rasseln, indes sich zu den Spielern an den Tischen Ganner und Dirnen als Komplizen mischen, die Diebe aber wollen auch nicht raffen, raffen das Geld aus leiser erbrochenen Kassen, um es am andern Morgen zu verkaufen und ihren Liebchen neuen Fuß zu kaufen.

In solcher Stunde, meine Seele, löse und sammle dich vom störenden Geise. Jetzt ist es, wo die Kranten schlechter werden, das Dunkel brockelt sie, all ihr Beschwerden vollendet sich im selben finstern Schlund, ihr Stöhnen senkt durch die Spitäler, und so mancher wird mit seinen Lieben nimmer zu Abend essen im durchwärmten Zimmer.

Die meisten freilich haben nie gewußt, was leben heißt und eigenen Herdes Luft.

Baudelaire.

nicht immer auf diese schlimme Art und Weise ist.

Aus einem Erdenohn bist du zur lästigen Steinlaus geworden. Keine Arbeit? Was willst du noch? Wandere aus!

Zum Fressen und Bummeln brauchst dich die Stadt nicht mehr.

Nur hinaus, das ausgemergelte Erwerbslosenhier

Arbeitsdienstpflüchtig hinaus aufs Land. Du weißt doch:

Städte in Not. Da hat man kein Geld für dich.

Nun such' dein Brot sonstwo, doch laß die Reichen zufrieden.

Die Wirtschaft kann deinen hungernden Magen

Absolut nicht vertragen.

Zudem, Prolet, bist du waterlandslos.

Die Stadt ist zu groß. Du hast kein Anrecht hernieden.

Die Stadt ist nicht dein. Andern gehört der Haufen aus Stein,

Den du, den Millionen Hände errichtet haben.

Wenn du Lust hast, kannst du dein Armengrab selber graben.

Alle Städte haben die gleichen Namen:

Hunger, Haß, Empörung und Sklaverei.

Es nützt nichts, daß unsere Väter vom atmenden Lande kamen.

Das alles — alles Säen und Reifen — ist lange vorbei.

G. Ziefe.

## „Wahn-Europa 1934“

Wir geben im nachfolgenden einen Ausschnitt aus dem vom Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf, herausgegebenen Roman „Wahn-Europa 1934“, der eine Vision von Hanns Gobsch darstellt, wieder. Es geht darin um Probleme, die gegenwärtig alle Welt in Atem halten. Die Gesinnung, die daraus spricht, muß bei allen Völkern Europas die Vorherrschaft gewinnen, wenn die grausige Vision nicht eines Tages zur Wirklichkeit werden soll. Die wiedergegebenen Teilausschnitte zeigen uns, daß der Kampf gegen den Faschismus, gegen die Zerstückung der Arbeiterschaft, der Kampf gegen die Zertrümmerer der Gewerkschaftsbewegung mit allen Kräften und allen Mitteln fortgesetzt werden muß.

Die Redaktion.

### I.

Saint Brice, der französische Ministerpräsident, hat seine große Rede begonnen. Der joviale Präsident hatte die Tafelrunde mit versöhnlichem Oel gesalbt; die kühle Verstandeskraft des kultivierten Aristokraten zerschneidete sofort wieder die Atmosphäre der Gefühllichkeit. Da steht wieder, von meisterlicher Dialektik aufgetürmt, die Mauer, die kein Gegenbeweis erschüttern kann. „...Italien mobilisiert! Herr Capponi, der Duce Italiens, scheut sich nicht, durch Verjammung seiner Luftflotte den Stein ins Rollen zu bringen. Wir werden mit denselben Waffen antworten! Der entschlossene Aufmarsch der französischen Luftstreitkräfte wird genügen, die moralische Waagschale wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Zugleich ist dieser Aufmarsch der unerlässliche Schutz, den unser Volk einem kaltblütigen Feind gegenüber mit Recht erwartet. Meine Herren, Italien mobilisiert!“

Jetzt erhebt sich der sozialdemokratische Außenminister Brandt. Alle Augen bohren sich in sein steinhartes Gesicht. Mit halblauter, gleichmütiger Stimme beginnt er:

„Italien mobilisiert? Möglich, daß die Meldung unseres Boten den Tatsachen entspricht, jedenfalls läge sie durchaus in der Richtung einer Politik, die sich in Europa „zwangsläufig“ zu nennen beliebt. Aber solche Zwangsläufigkeit, meine Herren, müßte, geschähe kein Wunder, zur Zertrümmerung Frankreichs, Italiens und Südslawiens führen, sofern nicht noch andere Mächte sich an dem ergötlichen Spiel beteiligen sollten. Italien — heißt es — mobilisiert. Frankreich wird nicht mobilisieren!“ Er schweigt. Durch die Verjammung ging ein jäher Ruck. Saint Brice war schon im Begriff, sich zu erheben und den letzten Satz ungünstig zu machen; aber die beschwichtigende Hand des Präsidenten der Republik hielt ihn stumm bleiben.

„Ich traue Ihnen hinreichende Phantasie zu, meine Herren“, fährt Brandt nüchtern fort, „so daß ich Ihnen kein Schreckensgemälde eines kommenden Krieges aufzurollen brauche. Ob einem Volk diese Grauen zugemutet werden dürfen, muß jeder mit seinem Gewissen oder seiner Gewissenlosigkeit entscheiden. Aber das eine steht fest: jedes Volk wird heute und in Zukunft unerbittliche Rechenschaft fordern! In und nach früheren Kriegen wurde das leider verjäumt! An dieser Verjämung krankt heute Europa! — Jawohl, meine Herren, es geht in der Tat um Sein oder Untergang Frankreichs!“ Brandts Stimme gewinnt unversehens an Härte. „Nicht ob Italien sich in Albanien eine Kolonie schafft, berührt die Wurzel unserer völkischen Existenz, höchstens unsere Geschäftsinteressen und unsere Machtinstinkte berührt diese Tatsache; unsere Schicksalsfrage lautet anders: sollen wir einen in unverantwortlicher Weise auf die Spitze getriebenen Fall zum Anlaß wählen, Selbstmord zu begehen? Gleichgültig, ob ein Krieg schon in den ersten Stunden oder erst später durch Revolution und Anarchie beendet wird — die französische Nation wäre in jedem Falle als lebendiger Organismus erledigt. Der sabotierte Krieg setzt sich zunächst fort als Herrschaft eines Mordpöbels. Auf den Trümmern wird hierauf der Bolschewismus sich zu organisieren versuchen. Aber auch der Bolschewismus kann nicht leben ohne organisierte Arbeit. Kein Volk Europas könnte nach einem Krieg aus eigener Kraft Arbeit und damit die Existenz organisieren! Es würden also die Hyänen der amerikanischen Hochfinanz die Trümmerwüste in Europa abschätzen, ob es überhaupt noch lohnt, diese kläglichsten Reste zu finanzieren. Sollten sich die Hyänen dennoch Geschäftsgewinn versprechen, dann werden sie den Verhungerten vielleicht ein paar Milliarden gegen guten Zins leihen. Nicht zehn Generationen arbeiten Schuld und Zinsen ab! So wie seit dem letzten Weltkrieg die Völker Europas, die immer so stolz von ihrer Souveränität reden, schon heute nichts anderes sind als verkappte Kolonien und Sklavengebiete von fünfhundert Welt Herren! Dieses Schicksal von Frankreich, von Europa abwenden zu helfen, gehört zu meinen Lebensaufgaben.“

Zwanzig Augenpaare umkreisen den Redner. Keiner lächelt. Man hört ihre gespannten Atemzüge.

„Ich spreche von diesen sehr nüchternen Dingen, meine Herren, weil ich weiß, daß heute mit Hinweisen auf Geld besser zu argumentieren ist als mit ethischen Grundsätzen. — Ich habe heute dem südslawischen Gesandten mitgeteilt, daß der Bündnisfall nicht vorliegt, daß ich jede Unterstützung ablehne, wenn Belgrad nicht kurzentschlossen sein Detachement aus dem albanischen Grenzzipfel herauszieht. Ich habe ferner den deutschen Botschafter dringend gebeten, seine Regierung zu bewegen, sofort den Boykott gegen jedes Land zu eröffnen, das zuerst mobil macht oder den Krieg erklärt. Ich habe dem Deutschen ferner feierlich versprochen, meine Kraft dafür einzusetzen, daß Frankreich das deutsche Volk aus den materiellen und ideellen Verpflichtungen eines Vertrages entläßt, der wie ein Fluch auf Europa lastet und letzten Endes auch die gegenwärtige Situation möglich gemacht hat. Ich sehe Ihre entgegenstehende Gesichter, meine Herren, nennen Sie mich ruhig einen Halbfranzosen. Ihr Urteil ändert weder meine Gesinnung noch meine Absichten. Ich bin anmaßend genug zu erklären, daß ich mich von außergewöhnlich starken Kräften getragen weiß! Wenn Sie meine Politik nicht unterstützen, trete ich zwar als Minister ab, aber mein Kampf beginnt dann erst. Ich bin ehrlich genug, mit offenem Dixer vor Ihnen zu stehen. Wahrscheinlich fühle ich mich zu dieser Offenheit stark genug! Das französische Volk fordert Frieden, weil es weder überfallen noch vergewaltigt wird. Der Volkswille verpflichtet mich. Ich erfülle meine Pflicht, sei es mit Ihrem Willen, sei es ohne Ihren Willen.“

„Capponi mobilisiert!“ ruft General Humette über den Tisch. „Frankreich wird nicht mobilisieren! Nie wagt Herr Capponi uns anzugreifen, wenn wir das Schwert, allen sichtbar, in der Scheide lassen. Die Organisation meiner internationalen Arbeiterbewegung „Union“ ist mächtig genug, auch Herrn Capponi in das europäische Gefüge zu zwingen, ob er will oder nicht! Daß ich die Völker Europas zum Boykott gegen Rom bringe, dessen seien Sie versichert! Ich glaube, Herr Capponi dürfte das ahnen! — Sie kennen jetzt die Richtung meines politischen Willens, meine Herren. Stimmen Sie mir zu, dann haben wir gemeinsamen Weg. Lehnen Sie mich ab, dann erblicken Sie in mir Ihren unerbittlichen Gegner, der entschlossen ist, Ihren Sturz herbeizuführen.“

Im Saal herrscht Stille wie vor einem Sturm. Man war zwar auf allerlei Freundlichkeiten Brandts gefaßt gewesen, aber eine solche Brutalität der Sprache hatte noch kaum ein Minister seinen Koalitionsfreunden zu bieten gewagt.

Humette läßt beide Fäuste auf seinen Platz niederfallen: „Jedes Volk hat für Ehre und Existenz zu bluten! Bis zum letzten Mann, wenn's nottut!“ Fünf, sechs Stimmen applaudieren.

„Der letzte Mann steht auf der anderen Seite“, lächelt Brandt ruhig zurück.

„Sollen wir vor Belgrad als meineidiger Bundesgenosse dastehen?“ Humette springt vom Stuhl auf.

„Europas Geschichte wurde zu dreiviertel aus Meineid gemacht“, bemerkt Brandt sachlich.

„Danke für Geschichtslektion!“ höhnt Humette.

Die Stimmen schwirren durcheinander. General Audinot beugt sich über den Tisch zum Präsidenten: „Meine Anwesenheit dürfte sich erübrigen, solange Staatskunst mit den Methoden der Heilsarmee verwechselt wird.“

Saint Brice wird immer wieder bei seiner neuen Rede unterbrochen. „Italien bereitet den Krieg vor und wir philosophieren“, ruft er aus.

„Sie halten ja Capponis Drohung nur für Bluff! Warum erregen Sie sich also, Baron?“ Brandt lacht ironisch dabei. „Ich weiß doch, daß Sie im Herzensgrund zu allem anderen entschlossen sind als zum Krieg! Was soll also die Zusammenziehung der französischen Luftflotte! Das ist satanisches Spiel mit dem Feuer! Es bedarf nur noch des berühmten Funkens, der bekanntlich nie auszubleiben pflegt!“

Herr Lamoine vereitelt neue Zusammenstöße. „Ich hoffe, meine Herren“, sagt er versöhnlich, „unsere Entschlüsse werden uns leichter fallen, wenn der Herr Generalstabschef die militärpolitische Lage beleuchtet haben wird.“ Er macht eine einladende Handbewegung zu Audinot hin.

Der General geht, die Hände auf dem Rücken, im freien Raum des Hufeisens auf und nieder. Während er spricht, sieht er geradeaus, als wäre die Versammlung nicht vorhanden.

## Bericht vom 14. Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. Vierter Bundestag des ADGB.

II. (Schluß.)

In der Vormittagsitzung des 3. September referierte Clemens Hörpel über:

### „Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts“.

Professor Sinzheimer, der heute unser Gast ist, hat das Wesen des Kollektivismus durch eine klassisch klare Formel verdeutlicht: Einst war der Mensch, der nicht frei war, eine Sache; die Rechtsgleichheit macht ihn erst zur Person und die von den Arbeitern erstrebte neue Ordnung macht ihn zum Menschen. Die Angriffe gegen das kollektive Arbeitsrecht sind ein Angriff gegen unser Menschenrecht. Träger des kollektiven Arbeitsrechts sind die Gewerkschaften. Neuerdings will man die Gewerkschaften und die Unternehmerkartelle gleichstellen und Bindungen, die für die Unternehmerkartelle durchaus notwendig sind und von den Gewerkschaften gefordert werden, auch letzteren auferlegen. Eine Gleichstellung ist jedoch objektiv ausgeschlossen. Die Unternehmerkartelle wollen den Markt beherrschen, und zwar allein im Interesse des Profits der dem Kartell angehörenden einzelnen Unternehmer, die sich außerdem untereinander bekämpfen. Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften dagegen ist die Gestaltung der Lebensbedingungen von rund 20 Millionen Arbeitern. Von einem Profitstreben kann hier keine Rede sein, sondern nur von einem Ziel, dessen Verwirklichung gleicherweise dem Staat und dem Volksganzen dient. — Man kann nicht Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände gleichstellen; denn erstere haben das geschichtliche positive Ziel, die Arbeitgeberverbände aber, wie die geschichtliche Erfahrung beweist, den negativen Zweck, die Verwirklichung dieses Zieles aufzuhalten. Die heute herrschende Parität im Arbeitsrecht bedeutet Gleichstellung der Wirtschaftsmacht mit der Arbeitskraft und damit Gleichstellung der wenigen Unternehmer mit den Millionen Arbeitern. Diese Parität erzwingt das Eingreifen der Behörden auf allen Gebieten. Daher hat der demokratisch-parlamentarische Staat eine so große Bedeutung für die Arbeiterklasse, und es ist geradezu tragisch, daß heute so viele Arbeiter das verkennen und dadurch die Arbeiterklasse schwer schädigen.

Das Arbeitsrecht kann erst wirksam werden, wenn starke Gewerkschaften da sind. Starke Gewerkschaften — das ist die große Aufgabe der Stunde. Wir haben in Deutschland 1½ Millionen Beamte, 3½ Millionen Angestellte, 6½ Millionen gelernte Arbeitskräfte und 7¼ Millionen an- und ungelernete Arbeiter. Hier liegt das schwierigste aller Gewerkschaftsprobleme, denn diese 19 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte zerfallen in drei Heerhaufen. Es ergibt sich die Frage: Können wir das Ziel des kollektiven Arbeitsrechts durchsetzen, wenn wir weiter getrennt marschieren? Die Gegner der Arbeiterklasse haben kein größeres Interesse als die Aufrechterhaltung dieser Trennung. Sie wollen daher vor allem die Angestellten durch Scheinrechte von der Arbeiterklasse abspalten. Gerade jetzt in der Krise können die Angestellten aber erkennen, daß ihre Scheinrechte sie nicht davor schützen, mit den Arbeitern das gleiche Schicksal zu erleiden. Wenn die Dinge aber so liegen, dann ist es doch auch für die Angestellten klar, daß das Ziel der Arbeiterbewegung nur in der Vereinheitlichung der Kräfte bestehen kann. Die Arbeiter müssen den übrigen Arbeitnehmern zurufen: Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns. — Bei Ausarbeitung des neuen Strafgesetzentwurfs ist viel über strafrechtlichen Schutz der Arbeitskräfte getritten worden. Ein solcher Schutz ist stark problematisch. Kollektives Arbeitsrecht und starke Gewerkschaften — sie sind die einzige Gewähr für gute Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Die gleichen Auffassungen haben die Gewerkschaften auch in Genf in der Frage der Mindestlöhne vertreten. Arbeiter in Ländern, in denen die Gewerkschaftsbewegung schwach ist, sehen ihre Hoffnungen auf staatliche Mindestlöhne. Für uns kann nur der Gedanke bestimmend sein: was die Arbeiter nicht erkämpfen können, wird ihnen auch nicht gegeben. Der Gesetzgeber, der ihnen staatliche Mindestlöhne geben soll, ist ja ihr Klassengegner. Staatliche Mindestlöhne haben wir in Deutschland nur für die Heimarbeiter anerkannt. Die Frage, was besser ist: Schutzgesetze oder starke Gewerkschaften, ist nur möglich in einer Zeit der Krise. Jetzt, wo die Abwehr der Arbeiter schwer ist, taucht begreiflicherweise oft der Gedanke auf, ob nicht gegen die Verstöße der Unternehmer gegen die guten Sitten Rechtsansprüche geltend gemacht werden können. Den Arbeitern kann aber auf die Dauer nichts anderes helfen als Vermehrung ihrer Kraft durch Zusammenschluß. — Hier in Frankfurt rief Legien vor einem Menschengarten den Arbeitern im Kampfe um die Koalitionsfreiheit zu, daß die Gewerkschaften sich nicht niederwerfen lassen, wenn man mit Ausnahmegeetzen gegen sie vorgehe. Heute rufen wir: Die Regierung mag tun, was sie will. Wir bleiben die Alten, wir werden den Kampf fortführen, und wir sind sicher, daß der Sieg unser sein wird!

In der Aussprache stimmte Kollege Riedel (Gesamt-Verband) einem Antrag der Bergbauindustriearbeiter auf Verlängerung der Amtszeit der Betriebsräte auf zwei Jahre zu. Wahlarbeiten zur Vorbereitung und Durchführung der Haupt-, Zentral- und Bezirksbetriebsräte nimmt verhältnismäßig erhebliche Zeit in Anspruch, die von der wirklichen Tätigkeit im Interesse der Belegschaften in Abzug gebracht werden muß. Dazu kommt, daß bei der einjährigen Amtsdauer die Betriebsvertretungsmitglieder in Reichsbetrieben und Verwaltungen des Reichs, der Länder und Gemeinden nicht in der Lage sind, sich genügend einzuarbeiten, sich in den schwierigen Betriebs- und Verwaltungsapparat mit den Hunderten von Erlassen und Verfügungen bekanntzumachen. Auch die Reichsministerien, deren Stellung zu diesem System die Betriebsräte zu erforschen versuchten, haben sich bis auf das Reichspostministerium für die zweijährige Amtsdauer erklärt. Natürlich läßt sich nicht für öffentliche Betriebe die gewünschte Änderung allein durchführen, sondern sie muß auch hier für private gefordert werden. — Die im Reichstag gestellten Anträge zur Verbesserung des Schutzes der Betriebsräte müssen endlich verwirklicht werden. Die Bundesleitung muß sich hierfür energisch einsetzen. Die Ausnahmebestimmungen für gewisse Berufsgruppen in der Durchführung von Arbeitsbewilligungen (Gas, Wasser und dergleichen) müssen abgebaut werden. Die Kurzarbeiterunterstützung muß allen Arbeitnehmern, die verkürzt arbeiten, gegeben werden. Sie darf nicht auf gewerbliche Betriebe mit einer gewissen Belegschaftsstärke beschränkt bleiben. Jeder Arbeiter, der verkürzt arbeitet, hungert. In die Un Sinnigkeit, daß ein Teil der Arbeitnehmer unter die Gewerbeordnung fällt, ein anderer Teil wieder nicht, wie überhaupt in die ganze Unklarheit der für die einzelnen Arbeitnehmergruppen bestehenden Bestimmungen muß Einheitlichkeit und Uebersicht kommen.

Dr. Broecker (Sozialpolitischer Sekretär des ADGB): Die stärksten Angriffe der Sozialreaktionäre richten sich gegen die Sozialversicherung. Den Angreifern kommt es heute nicht mehr nur auf das Ausmaß der Sozialversicherung an — das Prinzip der Sozialversicherung ist bedroht. Die Frage lautet bereits: Versicherung oder Fürsorgesystem. Um diese Dinge geht bereits der Kampf und leider kann man nicht sagen, daß die Sozialversicherung bis jetzt dabei ohne Schaden weggekommen ist. Deshalb wollen wir noch einmal betonen: Wir wollen Sozialversicherung und nicht Fürsorge und auch keine Versicherung mit einer Grundlage und einem Zweck, nach dem Muster der Privatversicherung. Die Sozialversicherung ist eine Aufgabe des Staates. Er erfüllt mit der Durchführung dieser Aufgabe eine soziale Pflicht. Auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung ist die Absicht, die Sozialversicherung wieder in Fürsorge umzuwandeln, bereits völlig klar. Die Mahnung, wir müssen sparen, ist nur ein Vorwand; denn die Versicherung arbeitet ja gar nicht teurer als die Fürsorge. Man will nur das System treffen. Wohlfahrtspflege und Krisenfürsorge gehen einem ungewissen Schicksal entgegen. Kommt die von den Gewerkschaften geforderte Reichsarbeitslosenfürsorge nicht, dann werden die Gemeinden einer ungeheuren Auspoberung ausgeliefert. Echte Selbstverwaltung gibt es heute an keiner Stelle der Sozialversicherung mehr. Es ist lächerlich, von Selbstverwaltung überhaupt noch zu sprechen, wenn alle entsprechenden Beschlüsse von der Zustimmung der Unternehmer abhängig gemacht werden. Die Reformbedürftigkeit der Sozialversicherung wird auch auf unserer Seite bejaht. Wir verlangen eine organisatorische Reform. Wenn irgendwo, dann ist für den Weg Raum, die Zwerggebilde der Krankenkassen zu beseitigen.

In der weiteren Debatte (es sprachen noch 13 Redner) kam auch unser Kollege

Paul Schulz zum Wort, der vor allem die Notwendigkeit der Entwicklung eines einheitlichen Tarifrechts für den Reichstarifvertrag, besonders im Hinblick auf die kommenden Verhandlungen mit dem Reichsverband öffentlicher Arbeitgeber, betonte. Er unterstützte dabei den Antrag auf unbedingte Sicherung der Tarifverträge und verlangte eine sofortige Ergänzung der Tarifvertragsordnung, wonach jeder Verzicht auf tarifliche Rechte unter allen Umständen rechtsunwirksam wird. Der wohlverordnete Rechtsanspruch auf Urlaub wird vielfach durch einen ungünstigen Stichtag eingeschränkt. Noch bedenkllicher ist aber die Festlegung in Tarifverträgen, daß Urlaubsansprüche durch Ordnungsstrafen für verärmte Schicht als abgeholten zu betrachten sind. Zu verlangen ist, daß keine Schutzvorschrift abgedungen werden kann. Der Eingriff in das Tarifrecht der öffentlichen Arbeitnehmer durch die bekannte Notverordnung vom 5. Juni 1931 muß unter allen Umständen abgewehrt werden. Die systematische Dorarbeit des Reichsarbeitsministeriums zur Schaffung kurzfristiger Lohnverträge ist zu verurteilen. Die jetzige Indezberechnung des Statistischen Reichsamts kann, da sie nicht einwandfrei ist, nicht zur Grundlage bei Lohnverhandlungen herangezogen werden, um so mehr, da die Umwandlung des Indez eine Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse bedeutet. Sicherung und Ausbau des

Arbeitsrechts können erst dann weiter entwickelt werden, wenn die Unabhängigkeit der Verträge durch Rechtsprechung anerkannt und von den Beteiligten auch durchgeführt wird. Der Hauptwert muß aber darauf gelegt werden, daß der Urlaub gesetzlich garantiert wird, und daß der in den Tarifverträgen festgelegte Urlaub nicht abgedungen wird.

Im Schlußwort ging Nörpel auf die in der Diskussion gegebenen Anregungen ein und fuhr dann fort: Die Reichsregierung will im Herbst neue Vorschläge für den Umbau der Sozialversicherung herausbringen. Wir wollen dagegen einen Ausbau des Unfallgesetzes und der Unfallrenten. Die Sozialversicherungsgesetzgebung muß alle durch Unfälle eingetretenen Gefahren an Gesundheit und Leben vollständig ablösen. Neben allen den Forderungen in der Entschließung des Bundesvorstandes sind in den Entschließungen der Verbände eine Anzahl von Forderungen enthalten, die tief einschneidende Wirkungen haben können. Sie müssen ernstlich geprüft werden. Die besondere politische Lage muß berücksichtigt werden. Der Zusammenschluß der gesamten Arbeiterklasse muß mit Energie betrieben werden. Die Tariffähigkeit im Verwaltungsverfahren ist natürlich außerordentlich wichtig. Niemand wird aber bestreiten wollen und können, daß eine gewaltige Fülle neuer Ideen hier zum Ausdruck gekommen ist. Niemand denkt daran, den Mut zu verlieren, trotz der Not der Zeit. Aber diese Aussprache soll kein Abschluß sein, sondern ein neuer Auftakt für die Erringung des kollektiven Arbeitsrechts.

Das Ergebnis von Referat und Aussprache faßte dann der Kongreß in der Annahme folgender Entschließung zusammen:

„Das kollektive Arbeitsrecht ist die der Entwicklung der Arbeiterklasse allein entsprechende Rechtsform. Sicherung und Ausbau des kollektiven Arbeitsrechts ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften, die, gestützt auf die geschlossene Macht der Arbeiterklasse, erfüllt werden muß. — Die Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes bedeutet einen großen Fortschritt für die Vereinheitlichung und Durchführung des Arbeitsrechts. Die Rechtsprechung der Arbeitsgerichtsbehörden hat jedoch die berechtigten Erwartungen der Arbeiterklasse nur zum Teil erfüllt. — Der weitgehende Schutz der wirtschaftlichen Vereinigungsfreiheit nach Artikel 159 der Reichsverfassung hat in der Rechtsprechung keine ausreichende Anerkennung gefunden. Die Anerkennung der Tariffähigkeit der Werksvereine und der Arbeitnehmergruppen des pommerischen Landbundes bedeutet eine Verkennung des Sinnes der Vereinigungsfreiheit und der Tariffähigkeit. Dagegen muß die Tariffähigkeit auch für wirtschaftliche Verbände gefordert werden, die nicht einzelne Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, sondern Vereinigungen zu Mitgliedern haben, sofern diese wirtschaftlichen Verbände auf Grund ihrer Satzungen Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln können. Ebenso stellt die durch die Rechtsprechung anerkannte Zulässigkeit der Nichtzahlung des Tariflohnes wegen Verschweigens der Gewerkschaftszugehörigkeit und die Entlassung wegen des Anspruchs auf Tariflohn im Ergebnis eine Einengung der verfassungsmäßig gewährleisteten Vereinigungsfreiheit dar. — Zur unabhängigen Sicherung der Tarifverträge fordert der Kongreß eine sofortige Ergänzung der Tarifvertragsordnung, wonach jeder Verzicht auf tarifliche Rechte unter allen Umständen als rechtsunwirksam gilt. Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ist so zu beschleunigen, daß alle Umgehungsversuche dadurch rechtlich ausgeschlossen werden. — In der grundsätzlichen Frage des Schlichtungswesens bestätigt der Kongreß erneut die Auffassung der Gewerkschaften, daß die Schlichtung eine staatspolitische Aufgabe ist, und daß der von der Arbeiterklasse erstrebte soziale demokratische Staat die Pflicht hat, bei der Schaffung von Tarifverträgen Hilfe zu leisten. Die Gewerkschaften erstreben in erster Linie den Abschluß von Tarifverträgen durch freie Vereinbarungen zwischen den beiderseitigen Verbänden.

Gegen den systematischen Lohnabbau mit Hilfe des Schlichtungswesens und gegen die Eingriffe in das Tarifrecht durch die Reichsregierung mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung erhebt der Kongreß den schärfsten Protest.

Diese Eingriffe haben sich ausnahmslos gegen die Arbeiterklasse gerichtet. Sie sind außerdem nicht mit der Notlage des Reiches zu begründen. Die Tarifverträge hätten ihren Sinn verloren, wenn sie in der Krise auf Grund gesetzlicher Eingriffe nicht weiter gelten sollen. — Mit Nachdruck fordert der Kongreß den Ausbau des Arbeitsrechts. Die Vereinheitlichung des Arbeitsvertragsgesetzes und die Erweiterung des Arbeiterschutzes muß endlich mit ernstem Willen baldiger gesetzlicher Neuregelung in Angriff genommen werden. — Im Verfassungsausbildungsgesetz ist der Vorrang des Tarifvertrages eindeutig festzustellen und die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Regelung der Behrungsmaßnahmen zu gewährleisten. — Weiter fordert der Kongreß erneut den gesetzlichen Urlaubsanspruch von mindestens 12 Arbeitstagen für die erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen und mindestens 18 Arbeitstagen für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, unter Weiterzahlung des Lohnes. Dabei ist durch Einbeziehung der Mitwirkung der Gewerkschaften Vorkehrung zu treffen, daß dieser Rechtsanspruch unabhängig von einem Wechsel des Arbeitsverhältnisses gegeben ist. — Der Kongreß spricht den Betriebsräten erneut den Dank der Arbeiterklasse aus. Unter schwierigsten Verhältnissen haben sie im Interesse der Arbeiterklasse selbstlos und mit Erfolg ihre Pflicht getan. Die Gewerkschaften werden sich auch weiterhin mit aller Kraft für den Ausbau des Mitbestimmungsrechtes und für weitergehende Sicherung der Betriebsvertretungsmitglieder einsetzen.“

Am Nachmittag des 3. September fuhren dann die Teilnehmer des Kongresses nach Mainz, um am Abend an der großen

### Gewerkschaftskundgebung in der Mainzer Stadthalle

teilzunehmen, über die schon kurz in voriger Nummer der „Gewerkschaft“ berichtet wurde. Der Hauptredner des Abends war der stellvertretende Vorsitzende des AöGB, Kollege Peter Gramann, der u. a. ausführte: Wir wollen Verständigung mit allen Völkern, wir wollen Frieden ganz besonders mit unserem „Erbsind“. Im Gegensatz zu dem, was aus so manchen Rheinlandsfeiern unter großem Wortschwall erzählt wurde, betonen wir mit allem Nachdruck, daß es vor allem das Verdienst der Gewerkschaften war, wenn während der Besetzung die Einheit der deutschen Republik gerettet wurde. Wie war es denn? Darf ich einige Erinnerungen auffrischen? Notwendig ist es; denn das Gedächtnis mancher Leute ist furchtbar schwach, wenn es sich um Erinnerungen an Großtaten der Arbeiter handelt: Längs dem Rhein stand fremdes Militär. Das Rheingebiet war gegen das Reich abgeriegelt. Das Wirtschaftsleben stockte. Der Personen- und Wagenverkehr war unterbunden. Jeder Einwohner, der über 12 Jahre alt war, mußte im Besitze eines Passes sein. Die Soldateska und besonders die Offiziere benahmen sich, als ob sie noch mitten im Kriege wären. Gewerkschaften und Sozialdemokratie unternahm Schritte bei dem General Mangin zur Erleichterung der Lage der Bevölkerung. Es folgten dann auch einige Erleichterungen. Trotzdem, es war eine schwere Zeit. Es gab keine Verbandszeitung, es gab keine Beitragsmarken, Reise-genehmigungen wurden nur selten erteilt. Reisen ohne Genehmigung waren mit Lebensgefahr verbunden. Dazu kam das Versammlungsverbot. Das Bestreben, die Gewerkschaften intakt zu halten, wurde gefährdet durch die Separatisten, politische Abenteurer und Streber, von denen manche heute in den Reihen der radikalen Flügelparteien sind. Es sind dieselben Leute, die die Auszuführung der rheinischen Republik unter Dr. Dorten mitgemacht haben. — Die Gewerkschaften waren der Stütz- und Sammelpunkt aller der deutschen Republik Treugebliebenen. Am 2. Juni 1921 wurde ein Generalstreik allgemein durchgeführt. Es war ein kühner Schlag. Die Betriebe standen still. Die Läden waren geschlossen. Die Straßenbahnen stellten den Verkehr ein. Am 3. Juni erklärten die Gewerkschaftsfunktionäre in einer von Offizieren überwachten Sitzung, niemals würden die freien Gewerkschaften sich dazu zwingen lassen, die Separatisten am Rhein zu dulden. Scharfe Kritik wurde in dieser Versammlung an dem Verhalten der Besatzungstruppen geübt wegen der Duldung und Unterstützung des Separatismus. Der überwachende Offizier drückte beim Verlassen der Versammlung den Arbeitern ausdrücklich seine Achtung aus für ihr mutiges und tapferes Verhalten. — Was war die Folge der Abwehr der Arbeiter? Die deutsche Verwaltung konnte zunächst wenigstens ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Trotzdem bestand natürlich der Druck der Besatzungsbehörden weiter. Noch schlimmer wurde die Lage beim Einmarsch der Besatzungstruppen ins Ruhrgebiet. Die Gefängnisse füllten sich, aber die dadurch entstehenden Lücken in der Front des Widerstandes wurden sofort ausgefüllt. Die Lage war reif zur Explosion. Im Augenblick der Hochspannung entrissen Hunderte von Arbeitern nur unvollkommen bewaffnet den schwerbewaffneten Separatisten die von ihnen besetzten Gebäude. Sie zogen die grün-weiße Separatistenfahne ein und installierten die deutschen Behörden wieder in ihren Funktionen. Die Arbeiter des ganzen besetzten Gebietes haben ihr Leben und ihre Existenz eingesetzt für die Unabhängigkeit des Reichsgebietes. Sie haben nicht nach Dank gefragt und keine klingende Entschädigung erwartet — im Gegensatz zu anderen Schichten.

Ohne den jähen Kampf der Gewerkschaften, ohne die Ausbarmachung ihrer nationalen und internationalen Beziehungen wäre nie ein Umschwung am Rhein eingetreten, wäre die vorzeitige Räumung der zweiten und dritten Zone nicht erreicht worden.

Das muß festgestellt werden gegenüber denjenigen, die mit ihrer Vaterlandsliebe prahlen, die aber in den schlimmen Jahren sich entweder im Hintergrund hielten oder gar mit dem Separatismus liebäugelten.

Wir fordern Abrüstung auf der ganzen Linie und wirtschaftliche Beziehungen, die in eine Befriedigung Europas und damit in einen Frieden der Welt ausmünden. Die internationale Familie der Arbeit ist durch den Weltkrieg auseinandergerissen worden. Bekenner derselben politischen und wirtschaftlichen Ideen standen sich mit der Waffe in der Hand gegenüber. Das soll niemals mehr sich wiederholen. Es lebe der Frieden, der Frieden am Rhein, der Frieden mit Frankreich, der Frieden der Welt! — Ein riesiger Beifallssturm folgte dieser Rede.



Peter Gramann

Am 4. September ging nach der Wahl des Bundesvorstandes (siehe „Gew.“ Nr. 37) der Kongreß zu Ende. Im Namen der Gewählten dankte Theodor Leipart für das ausgesprochene Vertrauen: Selbstredend wollen wir alles aufbieten, um unsere Pflicht zu erfüllen. Für die Zukunft wäre vielleicht zu überlegen, ob nicht wenigstens für die Beisitzer ein gewisser Turnus eingeführt werden könnte. — An die Stelle der drei Ausscheidenden sind drei neue Mitglieder getreten. Aber damit ist noch nicht neues Blut in das Büro des Verbandsvorstandes gekommen. Wir hoffen, daß das der Fall sein wird, wenn die Wahl des Kassierers durchgeführt wird, die ja auf diesem Kongreß nicht vorgenommen werden soll. Von den ausscheidenden Vorstandsmittgliedern nehmen wir noch nicht Abschied. Wir hoffen, daß sie uns noch recht lange mit ihrem Rat zur Seite stehen. Die ganze Gewerkschaftsbewegung weiß den Scheidenden Dank für ihre rastlose Arbeit und ihre Hingebung an die Sache der Arbeiter. — Nach Erledigung einer Anzahl Anträge, die fast ausschließlich vom Metallarbeiterverband gestellt waren und die zum Teil dem Bundesvorstand zur Berücksichtigung überwiesen, zum Teil zurückgezogen oder als erledigt erklärt wurden, nahm der Kongreßvorsitzende Alwin Brandes das Wort zu einer



Eggert, der neue stellvertretende Vorsitzende des ADGB.

#### Schlussansprache:

Der Kongreß hat mit seltener Einmütigkeit seine Beschlüsse gefaßt. Wir dürfen stolz sein auf die Arbeit. Das Blatt der Schwerindustrie, die DAZ., fragte am Beginn unserer Verhandlungen, warum die Solidarität der Arbeiter nicht den Versailler Vertrag verhindert habe? Die organisierte Arbeiterkraft, so betonte Brandes, hat an diesem Vertrag wahrhaftig keine Schuld. Die Schuldigen sind die Leute, die zum Kriege hetzten und während des Krieges Friedensverträge wie den von Brest-Litowsk fabrizierten und hejubelten und so die Formeln für den Versailler Vertrag lieferten. Diese Herrschaften haben kein Recht zur Beschwerde. Wir haben ein Recht, gegen den Versailler Vertrag zu protestieren und zu kämpfen. Im übrigen war der Wiener Kongreß der Arbeiterinternationale eine einzige Solidaritätsbezeugung für die deutschen Arbeiter. In Wien haben die Vertreter der politischen und gewerkschaftlichen Internationale betont, daß die Kriegsschuldenverpflichtungen und die Reparationen

beseitigt werden müssen. Bei der Erhebung dieser Forderung kam ihnen die Tatsache zu Hilfe, daß die Krise, die heute in allen Ländern wütet, kaum einen Unterschied macht zwischen Siegern und Besiegten. — Wir haben hier auf dem Kongreß Anklage erhoben gegen die kapitalistische Wirtschaftsführung. Die Schuldigen wollen die Volksmassen verwirren. Daher das Geschrei der kapitalistischen Presse über „marxistische Mißwirtschaft“. Der Kongreß hat dieses betrügerische Spiel zerrissen und die Schuld der kapitalistischen Wirtschaftsführer schonungslos aufgedeckt, desgleichen die Schuld der Regierung, die es nicht wagt, ernsthaft gegen die kapitalistische Mißwirtschaft vorzugehen. Wir stehen vor einem Winter, der noch schlimmer zu werden droht, als die Winter der letzten Jahre. Rückwärtslos wirft der Kapitalismus Menschen auf die Straße. Die Zeiten sind schwer und die Gewerkschaften können in diesen Zeiten keine Riesenerfolge buchen. Sie mußten sogar einige Positionen aufgeben, einige Schützengräben räumen. Sie haben aber trotzdem Leistungen aufzuweisen, die erst eine spätere Zeit gebührend würdigen wird. Den Arbeitern zu helfen, ist unsere Aufgabe. Daß wir bei dieser Hilfsleistung unermüdet an der Arbeit sind, hat der Geschäftsbericht Leiparts in die Erinnerung gerufen. Die Attentate gegen die Existenz der Arbeiterkraft abzuwehren, werden wir nicht müde werden. Schon deshalb nicht, weil die Welt allmählich reif geworden ist für eine Umwandlung der Gesellschaft und der Wirtschaft. Um in diesen Umwandlungsprozeß erfolgreich eingreifen zu können, drängen die Gewerkschaften immer tiefer in alle Gebiete des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens im Kampf der Geister ein. Der Verlauf dieser Konferenz ist ein deutlicher Beweis dafür. Wir müssen unsern Kampf mit Kaltblütigkeit und Ueberlegung führen. Mit der Forderung, die Colerierung der Brüning-Regierung einzustellen, ist es noch nicht getan. Ein Sturz der Regierung wäre für uns sehr leicht, aber wir wollen nicht die Arbeiter in noch tieferes Elend hinunterstürzen. Wir erwarten jedoch von der Regierung, daß sie aus unserem Verantwortungsbewußtsein keine falschen Schlüsse zieht. Sie soll nicht denken, daß sie der Arbeiterkraft nun noch mehr Lasten aufbürden kann. Wir warnen dringend, wir warnen, die offenkundigen Ungerechtigkeiten der Notmaßnahmen bestehen zu lassen. — In ihren schweren Kämpfen sind die Gewerkschaften noch fester mit der Partei, mit der Sozialdemokratie verbunden worden. Wenn die Kommunisten glauben, daß sie uns deswegen am Zeug flicken können, so haben sie sich schwer geirrt. Auch der Versuch der Nazis, in unsere Reihen einzubrechen, ist mißlungen. Der Kongreß ist ein Hammer gewesen. Sein Donner soll die Arbeiter aufrütteln. Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

## Eisenbahner im russischen „Paradies“

### Kapitalistische Wirtschaftsmethoden

Von den Anhängern der Moskauer Heilslehre wird den Kollegen so oft Rußland als das Paradies der Arbeiter hingestellt. Abgesehen von vielen Berichten deutscher Arbeiter, die das „Paradies“ am eigenen Leibe zu spüren bekamen, beweist gerade für die Gruppe Eisenbahner ein im „Archiv für Eisenbahnwesen“ erschienener Bericht über die Verhältnisse und Ergebnisse der russischen Eisenbahnen die dort herrschende Tendenz. Diefem Bericht entnehmen wir:

„Ueber die gesamte Produktion des 1. Halbjahres 1929/30 wird berichtet, daß diese die entsprechende Zeit des Vorjahres um 28 Proz. überstiegen hatte und 50 Proz. des Jahresfalls erreichte, so daß aus den Erfahrungen des Vorjahres heraus, in dem sich die beiden Halbjahre wie 46 zu 54 verhalten hatten, bereits frühzeitig zu übersehen war, daß die Leistungen des gesamten Jahres das Vorjahr wesentlich übersteigen würden. Trotzdem ist die Personalziffer ziemlich gleich geblieben.“

Die Veränderung des Personalstandes in den einzelnen Abteilungen zeigt folgende Zusammenstellung:

	1. Halbjahr	
	1928/29	1929/30
1. Abteilung: Zugförderung . . . . .	277 505	279 490
2. Abteilung: Gleisunterhaltung . . . . .	243 031	228 690
3. Abteilung: Betrieb . . . . .	217 905	225 647
4. Abteilung: Verwaltung . . . . .	23 876	20 966
Zusammen . . . . .	762 317	754 793

Trotz 28 Proz. Steigerung der Betriebsleistungen sank also die Zahl der Beschäftigten um 8524 Mann.

Die Leistungen in den einzelnen Abteilungen sind folgende: In der Abteilung Zugförderung stieg die Personalziffer um 0,7 Proz., woran in der Hauptsache die Lokomotivpersonale, die Schmierer und die Aufseher beteiligt waren. Die Vermehrung des Lokomotivpersonals wird mit den gestiegenen Beförderungsleistungen erklärt. Sie steht aber keineswegs im Verhältnis zur Steigerung der Beförderungsleistungen. Der

Güterverkehr stieg um 33,8 Proz., womit die Kontrollziffer um 7 Proz. überstiegen wurde, im Personalverkehr wurden 46,6 Milliarden Personenkilometer gegenüber einem Soll von 35,4 Milliarden geleistet. Trotzdem wird angegeben, daß die Solleistung des Personals nicht erreicht worden sei. Im Personalverkehr sollten die Lokomotivpersonale im Monat 3356 Kilometer zurücklegen und haben nur 3177 Kilometer zurückgelegt. Im Güterverkehr sind statt 2244 nur 1777 Kilometer zurückgelegt worden. Eine Besserung verspricht man sich nur durch verkürzte Zeiten für Lokomotivwechsel, Kohlen- und Wassernehmen, vor allem aber durch Einhaltung der Fahrpläne. Hierzu ist natürlich auch eine gute Beschaffenheit der Betriebsmittel notwendig. Daß dies aber nicht der Fall ist, geht aus der Klage über die Güte der Arbeit, die außerdem im Berichtsjahr noch eine Verschlechterung erfahren haben soll, hervor.

In der Ausbesserung des Betriebsmaterials sind im ersten Vierteljahr 1929/30 30 Proz. des Programms nicht erfüllt worden, jedoch konnte die Lücke im zweiten Vierteljahr teilweise wieder ausgeglichen werden; trotzdem wurden von Oktober bis März nur 80 Proz. des Solls erreicht. Auch die festgesetzten Zeiten für die Ausbesserung sind keineswegs erreicht worden.

In der Abteilung Gleisunterhaltung fand im ersten Halbjahr 1930 eine Senkung der Personalziffer von 243 000 auf 228 690 statt, die in der Hauptsache auf Rationalisierungsmaßnahmen zurückgeführt wird.

Die Abteilung Verwaltung hat im ersten Halbjahr 1929/30 eine Verringerung um 12 Proz. auf 20 966 Köpfe erfahren, die 1930/31 auf 15 000 herabgesetzt werden sollen.

Eine Zunahme von 25 000 auf 50 000 weisen die Lehrlinge auf, eine weitere Erhöhung ihrer Zahl auf 75 000 ist vorgesehen.

In der ehemaligen Abteilung Verbindung (Telegraph, Telephon usw.) beträgt die Zahl der Bediensteten im Jahre 1930/31 43 750 Köpfe. Darin halten sich die Telegraphenbediensteten mit etwa 14 000 trotz 50prozentiger Mehrarbeit annähernd auf gleichem Stand.

Das gesamte Betriebspersonal weist eine Vermehrung von 12,8 Proz. auf, dem eine Mehrleistung der Eisenbahnen in Tonnenkilometern um 51 Proz. und eine Mehrleistung des Betriebsmaterials um 35 bis 42 Proz. gegenübersteht.

Um an eine weitere Herabdrückung der Personalziffern denken zu können, werden noch eine Anzahl Maßnahmen genannt u. a.: Fortsetzung der Rationalisierungsmaßnahmen und Einführung wirtschaftlicher und straff organisierter Verwaltungsmaßnahmen. Die Unfälle haben sich vermehrt. Nach amtlicher Darstellung fallen 60 bis 80 Proz. aller Unfälle auf die schlechte Arbeitsdisziplin. So soll die Zunahme der Lokomotivunfälle auf freier Strecke besonders durch Schlafen des Personals im Dienst, Trunkenheit usw. verursacht sein.

Das gesamte Eisenbahnpersonal ist auf Lohn angestellt. Infolge des Zurückbleibens der Löhne der Eisenbahner hinter denen der Industrie fanden im Berichtsjahr für einzelne Gruppen Lohn erhöhungen statt. Damit stieg der Monatsdurchschnittslohn des ständigen Arbeiters von 83,08 Rubel auf 84,50 Rubel. Die Löhne der Zeitarbeiter sollen von 52,50 auf 58,80 Rubel gebracht werden. Die Löhne sind in Anbetracht der Teuerung außerordentlich gering. Man braucht sich nur vergegenwärtigen, daß in Moskau ein Paar Schuhe 30 bis 40 Rubel kostet.

Aus diesem auszüglichen Bericht ist zu ersehen, daß das russische Eisenbahnpersonal nicht „paradiesisch“ lebt. P. W.

## Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Einer der kommunistischen Schützen, der am 1. August bei einer Demonstration des Rotfrontkämpferbundes den Polizeihauptwachmeister Fiebig lebensgefährlich verletzte, ist verhaftet worden.

Der badische Staatspräsident Wittmann, der dem Zentrum angehört, ist am 10. September im Alter von 65 Jahren gestorben.

Die preussische Notverordnung sieht eine Verringerung der Ausgaben des Staates um 200 Millionen Mark vor. Das wird erreicht durch Abbau von 7000 Lehrerstellen noch in diesem Jahr und durch Einsparung von 3000 Lehrerstellen durch Aenderung der Pflanzstundenzahl. Die Stellenzulagen für die Lehrer werden gekürzt. Für die Gemeinden und Gemeindeverbände sind Einschränkungen der Ausgaben für Beamte, Angestellte und Arbeiter vorgesehen, die sich auf Beförderungssperre für Beamte, Abbau aller entbehrlichen Angestellten und Arbeiter, Arbeitszeitverkürzung, Angleichung von Ruherentnern und Ruhegehältern an die Regelung des Staates, Revision der Befoldungsordnungen und Erwerb der Beamteigenschaft beziehen.

Der Berliner Magistrat hat mit Rücksicht auf die herrschende Finanznot beschlossen, das Schulgeld an den städtischen höheren Lehranstalten und Mittelschulen vom 1. Oktober 1931 ab nach den staatlichen Schulgelddeterminierungen zu erheben.

200 000 Tonnen Weizen hat die Deutsche Getreidehandels-Gesellschaft in Amerika aufgelauft. Amerika gewährt dazu einen Kredit bis zum Jahre 1934.

Der bekannte Nationalökonom Emil Lederer, Heidelberg, ist durch den preussischen Kultusminister Grimme als Professor an die Berliner Universität berufen worden. Prof. Lederer gehört der Sozialdemokratischen Partei an.

Der Kongreß der Freidenker-Internationalen, der am 6. und 7. September in Berlin tagte, hat zur Verschmelzung der „Brüsseler Internationale“ und der „Internationalen proletarischer Freidenker“ zur „Internationalen Freidenker-Union“ geführt. Sie nimmt am 1. Januar 1932 ihre Tätigkeit auf.

Der englische Gewerkschaftskongreß in Bristol hat mit 1,8 gegen 1,4 Millionen Stimmen eine Entschließung angenommen, die die Vereinigung der gesamten Eisen- und Stahlindustrie zu einem einzigen öffentlichen Unternehmen verlangt.

Ein Heimwehrputsch in der Steiermark wurde in der Nacht vom 12. zum 13. September unter Führung von Dr. Briemer unternommen. Er wurde sofort von Polizei und Militär unterdrückt. Zu blutigen Zusammenstößen ist es nicht gekommen. In Kapfenberg erschossen die Heimwehrler auf das Arbeiterheim, wobei ein sozialdemokratischer Schützengündler getötet und drei andere schwer verletzt wurden.

## Aus unserer Bewegung

Kassel. In der Generalversammlung am 6. September gab Kollege Scheidemann den Geschäftsbericht. Trotz der starken Arbeitslosigkeit konnte er berichten, daß die Mitgliedschaft in fast allen Gruppen nicht nur stabil geblieben ist, sondern an einzelnen Stellen sogar eine Stärkung erfuhr. Kollege Geinik als Kassierer konnte berichten, daß trotz Ungunst der Verhältnisse das 2. Quartal noch mit einem Ueberschuß abgeschlossen hat. Mehr als 60 Proz. der Einnahmen aus den Grundbeiträgen konnten der Mitgliedschaft in Form von Unterstützungen zugewiesen werden. Ein Beweis dafür, welcher Wert gerade in Tagen der Krankheit

oder Erwerbslosigkeit der Organisation beizumessen ist. — Die Diskussion, in sachlicher Form geführt, erkannte das von der Organisation geleitete an. — Rund 50 Betriebsvertretungsmitglieder der Ortsgruppenverwaltung Kassel nahmen am Sonnabend, dem 29., und Sonntag, dem 30. August, an einem Betriebsrätekursus teil, den Kollege Dr. Wolff, Berlin, leitete. Sonnabend beschränkte sich die Tagung darauf, einen instruktiven Vortrag des Kollegen Wolff über Betriebsrätegesetz und Arbeitsrecht unter besonderer Berücksichtigung der aus der jetzigen Krisenzeit erwachsenden Aufgaben zu hören und einzelne Anfragen an den Referenten zu stellen. Der Sonntag war dann den wichtigsten Paragraphen des Betriebsrätegesetzes vorbehalten, die in Form von Frage und Antwort behandelt wurden.

## RUNDSCHAU

Ujo Brentano. Am 9. September ist in München der bedeutendste Nationalökonom und Sozialpolitiker der liberalen Weltanschauung gestorben. Im Jahre 1844 in Alschaffenburg geboren, studierte er in Dublin, Heidelberg, München, Würzburg und Göttingen. Etwa zu der gleichen Zeit, wie Max Hirsch, der Gründer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, studierte auch er in England das Wesen der britischen Gewerkschaften. Das ist für sein ganzes späteres Leben ausschlaggebend gewesen; denn von nun an rückte Brentano in die Reihe der bedeutendsten bürgerlichen Sozialpolitiker, wie Schmoller, Adolf Wagner, Dr. Ernst Francke usw. 1872 wurde er Professor an der Universität Breslau. Später ging er in gleicher Eigenschaft nach Stralsburg, Leipzig, Wien und München. 1914 trat er als Siebzjähriger in den Ruhestand. Als Sozialpolitiker gehörte Brentano zu den hervorragendsten Dorkämpfern des Koalitionsrechts und des Achtstundentages. In der Dornovemberzeit, als das Koalitionsrecht in Deutschland nur sehr mangelhaft in der Gewerbeordnung geregelt war und sich jeder Arbeiter auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung schwersten Strafen aussetzte, wenn er dieses mangelhafte Koalitionsrecht nur im geringsten übertrat, prägte Brentano den satzkästlichen Satz: „Die deutschen Arbeiter haben zwar das Koalitionsrecht, wenn sie aber von ihm Gebrauch machen, werden sie bestraft.“



Zahlreich und umfangreich sind seine Werke über volkswirtschaftliche und sozialpolitische Fragen. Noch vor wenigen Jahren, als der Achtstundentag aus dem Unternehmerrlager wieder hart bekämpft wurde, sprang Brentano wieder ein und begründete in einer Aufsatzreihe in der „Sozialen Praxis“ die Notwendigkeit des Achtstundentages auch im Interesse der Industrie. Diese Aufsatzreihe ist dann später vom ADGB in Broschürenform herausgegeben worden. — Ujo Brentano gehörte auch zu den Mitbegründern des „Dereins für Sozialpolitik“ im Jahre 1872, dessen eifrigster Förderer er neben Schmoller, Professor Francke und anderen war, aus dem er aber 1923 nach mehr als 56jähriger Mitgliedschaft auschied, weil sich der Verein für Sozialpolitik immer mehr auf die Seite der Unternehmer stellte. In seinem bei Diederich, Jena, vor wenigen Monaten erschienenen Buch „Lebenserinnerungen“ hat er die Gründe seines Austritts dargelegt. (Wir gaben diese Ausführungen in Nr. 19 „Gew.“, Sp. 297/98, wieder.) So hat der Name Ujo Brentano auch bei der Arbeiterschaft stets einen guten Klang gehabt. Sein Andenken wird auch von ihr in Ehren gehalten werden.

Ohne Gewerkschaften keine Republik. In der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ Nr. 200 werden interessante Einzelheiten über den Verlauf der letzten Mitgliederversammlung des Mecklenburg-Strelitzer Landbundes mitgeteilt. An der Versammlung nahm auch der Führer des Landbundes, v. Rohr, teil. Er sprach über: „Die Stellung der Landwirtschaft in der nationalen Revolution“. Dabei erklärte er:

„Das heutige System wäre bereits am Ende, und wir könnten froher in die Zukunft schauen, wenn nicht diese schwerfällige, schwer bewegliche Macht des gegenwärtigen Gewerkschaftsapparates hinter dem heutigen System stände.“

Diese Ausführungen sind eine glänzende Rechtfertigung der Haltung der Gewerkschaften. Herr v. Rohr sieht in ihnen den Faktor, dem der heutige Staat seine Existenz verdankt.

Lösung des Rätsels in Nr. 37 der „Gewerkschaft“. 1. Cassalle, 2. Eisenbahn, 3. Seemeile, 4. Tankwagen, 5. Demokratie, 6. Injektor, 7. Ebert, 8. Genossenschaft, 9. Element, 10. Westindien, 11. Eigenheim, 12. Rebus, 13. Kupfer, 14. Sozialismus, 15. Chemnitz, 16. Amerika, 17. Fundieren, 18. Tonnage. — **Lebt die „Gewerkschaft“!**

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz  
Derantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO 36, Schließke Straße 42